

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. III, S. 177—188 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 16. April 1918

Zeichnet die achte Kriegsanleihe!

Das Schicksal der deutschen Farbstoffwerke in Frankreich.

Henri Le Wit a, einer der unermüdlichen Kämpfer für die Wiedergeburt der französischen Farbstoffindustrie, wendet sich im Februarheft des „Le Monde Industriel et Commercial“ gegen die unter französischer Zwangsverwaltung stehenden deutschen Farbenfabriken. Die im Einzelbesitz befindlichen kleinen Werke dünken ihm kaum gefährlich, da sie jederzeit enteignet werden können. Anders verhält es sich mit den Zweigunternehmen der bedeutenden deutschen Farbstoffwerke, die er als wirtschaftliche Kolonien Deutschlands in Frankreich bezeichnet und deren Vernichtung ihm wünschenswert erscheint. Diese Unternehmungen tragen französische Benennungen und bringen ihre Erzeugnisse in ultrafranzösischer Aufmachung an den Markt. Ihr Kundenkreis wird zusehends größer, da die französischen Werke ausnahmslos zur Herstellung von Kriegsmaterial herangezogen worden sind und daher meist nicht in der Lage sind, die ihnen zugehenden Aufträge auszuführen. Die von vielen Seiten gepredigte Boykottierung deutscher Farbstoffe nennt Wit a eine Utopie. Ganz abgesehen von den enormen Schwierigkeiten, die sich ihrer Durchführung entgegenstellen, würde eine solche Maßnahme in keiner Weise den französischen Interessen entsprechen. Es bedarf einfach eines Gesetzes, nach dem alle deutschen Farbenfabriken in französischen Besitz übergehen. Le Wit a hat ein umfangreiches Programm ausgearbeitet, das einen engen Zusammenschluß aller französischen Werke zum Ziel hat. Er fordert u. a. die Übergabe der Cie. Parisienne des Couleurs d'Aniline de Creil, einer Filiale von Meister Lucius & Brüning, Höchst a. M., an die Cie. Nationale de Matières Colorantes et de Produits Chimiques, die sich mehr und mehr der Herstellung künstlichen Indigos widmet, und der Manufacture Lyonnaise de Matières Colorantes, Tochterunternehmung von Leop. Casella & Co., Frankfurt a. M., an die im Entstehen begriffene Gesellschaft Groupement des Industriels du Nord et des Pays Envahis. Andere Werke, wie die Filiale der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, in Neuville-Sur Saône, die nige der A.-G. für Anilinfabrikation, Berlin, in St. Fons u. a. m., die kaum noch ein Interesse für Frankreich bieten, sollen dagegen für immer geschlossen und ihre Chemiker und Angestellten auf französische Werke überführt werden. Erst wenn die deutschen Fabriken endgültig verschwunden sind, könne mit einer erfolgreichen Entwicklung der französischen Unternehmungen gerechnet werden. (W. N. D. Überseedienst.) Gr.

Marktberichte.

Zur Lage der Zuckerindustrie (5./4. 1918). Die Aussichten der neuen Betriebszeit haben im verflossenen Berichtsabschnitt insofern eine gewisse Klärung erfahren, als über die Rübenpreise endlich Klarheit geschaffen worden ist. Nach den Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes ist der Preis für Zuckerrüben nunmehr von 2,50 auf 3 M für den Ztr. erhöht worden, während Fabriken und Landwirtschaft eine Erhöhung auf 3,75 M zur Sicherung des Rübenanbaues in diesem Jahr bekanntlich frühzeitig beantragt hatten. Diese Preisfestsetzung hat bei einem großen Teil der Zuckerindustrie natürlich große Enttäuschung hervorgerufen und Befürchtungen hinsichtlich verminderten Rübenanbaues erweckt, zumal sie viel zu spät erfolgt sein soll. Mit Rücksicht auf die baldmögliche Beendigung des Krieges und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Zuckerindustrie am Weltmarkt ist es natürlich dringend geboten, eine Beschränkung des Rübenanbaues nicht eintreten zu lassen. Infolge der günstigen Witterung haben die Feldarbeiten im Berichtsabschnitt überall gute Fortschritte gemacht. Über den Umfang des Rübenanbaues läßt sich naturgemäß jetzt noch kein annäherndes Bild ge-

winnen. Wenn die Preise für Zuckerrüben mit denen anderer Hackfrüchte einigermaßen in Einklang stehen, wie nach den Angaben des Kriegsernährungsamtes angenommen werden muß, so liegt für eine Verminderung der Anbaufläche für Zuckerrüben natürlich keine Veranlassung vor. Nach dem Bescheide des Kriegsernährungsamtes wird der Rohzuckerpreis gleichzeitig mit den Preisen für Verbrauchszucker erst im Herbst festgesetzt, wenn die Verarbeitungskosten hierfür genügenden Anhalt bieten, um spätere Änderungen zu vermeiden, die sich im verflossenen Betriebsjahr bekanntlich wiederholt als nötig erwiesen. An den Rohzuckermärkten war es im Berichtsabschnitt, abgesehen von besonderen Zuweisungen an einige Raffinerien, im allgemeinen sehr ruhig. Die Verteilung der Aprilrate interessiert die Fabriken zunächst weniger, weil sie mit der Ablieferung der früher verkauften Mengen einstweilen noch genügend beschäftigt sind. Da während der nächsten Wochen der Beförderung von Kali vor anderen Massengütern nach Anordnung des Eisenbahnministers der Vorrang einzuräumen ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß verspätete Gestellung von Eisenbahnwaggons die Ablieferungen von Rohware wie Verbrauchszucker nachteilig beeinflussen wird. Die Raffinerien waren im großen und ganzen befriedigend beschäftigt. Namentlich von den weiterverarbeitenden Industriezweigen lagen ansehnliche Aufträge vor, deren Erledigung mit Rücksicht auf die verringerten Vorräte hier und da nicht immer ganz nach Wunsch erfolgen konnte. Den Absichten der Raffinerien würde es daher mehr entsprechen, wenn die Ablieferung der verkauften Rohware und die Verteilung der Aprilrate tunlichst beschleunigt würde. Die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse bestätigen, daß infolge der besseren Ausbeuten die Zuckererzeugung gegenüber dem Vorjahr etwas größer ausgefallen ist, obwohl ansehnliche Mengen Zuckerrüben durch Verfütterung der Verarbeitung entzogen worden sind. Die Abrufe der Kommunalverbände erfolgen zum Teil immer noch unregelmäßig, obgleich sie im Interesse rechtzeitiger Versorgung der Verbraucher möglichst frühzeitig erteilt werden sollten. Um in England Übervorteilungen der Verbraucher zu verhindern, sind für den Kleinhandel schärfere Vorschriften erlassen worden. Trotz der angeblich besseren Zufuhren nach England gegenüber dem Vorjahre und der größeren Vorräte wird die englische Bevölkerung auf weitere Verringerung der bisherigen Kopfmenge von 250 g wöchentlich vorbereitet. Von den amerikanischen Märkten wurde im allgemeinen lebhaftere geschäftliche Tätigkeit berichtet. Die internationale Zuckerstelle in New York hat sich inzwischen 75% der cubanischen Ernte vertraglich gesichert und sich das Ankaufsrecht bezüglich des Restes vorbehalten. Die Vorräte in den Haupthäfen der Vereinigten Staaten sind gegen das Vorjahr von 103 000 auf etwa 40 000 t zurückgegangen. Daß es der Union gelingen wird, die Verbündeten ausreichend zu versorgen, wird nach den von diesen getroffenen Maßnahmen anscheinend selbst stark bezweifelt. —m.

Ölsaaten und Öle im Auslande (5./4. 1918). Die Nachrichten vom La Plata lauteten in den letzten Wochen für den Vielverband im allgemeinen wenig günstig. Außer dem steigenden Mangel an Schiffsraum machte sich infolge der verschiedenen Eisenbahnverhältnisse Knappheit an Eisenbahnwaggons geltend, worunter die Beförderung aller Bodenerzeugnisse aus dem Innern an die Küste empfindlich zu leiden hatte. Infolgedessen sind die Hafenvorräte von Leinsaat, welche anfänglich 50 000 t betrugen, auf 35 000 t zurückgegangen. Wenn die Verträge mit Nordamerika in der nächsten Zeit erledigt werden sollen, so dürfte für die Ausfuhr nach England wohl kaum viel übrigbleiben, abgesehen davon, daß es aus naheliegenden Gründen fraglich ist, ob Leinsaattransporte nach dort ihr Ziel auch erreichen werden. Da jetzt feststeht, daß infolge langen Lagerns auf dem Felde die Leinsaat unter Feuchtigkeit zu leiden gehabt hat, so wird die früher bereits erheblich verringerte Schätzung des Ernteertrages wohl nicht annähernd erreicht werden. Für die Verbündeten ergaben sich hieraus neue Schwierigkeiten, welche in den Preisbewegungen der letzten vier Wochen



auch zum Ausdruck gekommen sind. Zu Anfang des Berichtsabschnittes kostete Leinsaat nur 21,05 Pesos Papier die 100 kg fob Buenos Aires, am Schluß jedoch 22,95 Pesos. Obwohl der Verbandsverband seine Gebote für Leinsaat ab Anfang April schon vor einiger Zeit ganz wesentlich erhöht hat, wird er auf diesem Wege die Ausfuhr nennenswerter Mengen wohl kaum erreichen, zumal die Preissteigerung in Nordamerika weitere ungewöhnliche Fortschritte gemacht hat. Da dort ebenfalls Mangel an Leinsaat herrscht, die Aussichten für eine neue Ernte jedoch sehr schlecht sind, weil die Farmer sich mit dem Anbau in diesem Jahr nur in geringem Umfange befassen wollen, so sind weitere Preissteigerungen in Nordamerika bestimmt zu erwarten, wodurch andererseits die Ausfuhr von Leinsaat nach Europa sich natürlich immer schwieriger gestaltet. Leinöl war an den englischen Märkten gelegentlich mit den Höchstpreisen notiert. Regelmäßiger Verkehr in größeren Mengen findet nicht mehr statt, weil der Handel seine Vorräte zu den Höchstpreisen nicht abgeben will. In Holland war das Geschäft mit Leinöl sehr ruhig. Nach Berichten von dort soll Leinsaat als Zusatz bei der Brotherstellung verwandt werden, wobei es sich aber wohl nur um die Rückstände der Leinsaatverarbeitung, die Leinkuchen, handelt, welche nach der Entziehung des Öles bis zu 40% Fett und Protein enthalten. Für raffiniertes Leinöl wurden in Holland bis zu 95 fl. die 100 kg bezahlt. Die Käufer verhielten sich schließlich abwartend, weil sie schon seit einiger Zeit mit einer Neuregelung der Preise rechnen. Rüböl und andere Öle waren an den englischen Märkten stark gefragt, aber nur wenig angeboten. Die vom Handel wiederholt beantragte Heraufsetzung der Höchstpreise ist bisher ausgeblieben und infolgedessen Ware im freien Verkehr kaum noch zu erlangen. Der Preis für Rüböl betrug in Holland wie früher ungefähr 130 fl. die 100 kg. Starke Nachfrage bestand an den englischen Märkten nach Baumwollsaatöl, weil die Bemühungen der Regierung um Steigerung der Zufuhren an Baumwollsaat aus Ägypten bisher keinen oder nur geringen Erfolg gehabt haben. An der New Yorker Börse ist zum Teil eine geringe Ermäßigung der Preise für Baumwollsaatöl eingetreten. Vorrätiges notierte dort schließlich 19,75 und Mai-lieferung 19,80 Doll. der Ztr. Auf größere Ankünfte von Kopr haben die Mühlen in England vergeblich gewartet. Die amtlichen Preise waren mit 45—46 Pfd. Sterl. die t je nach Herkunft der Ware unverändert. Der Nachfrage nach raffiniertem Kokoöl zum Höchstpreise von 85 Pfd. Sterl. die t konnte begreiflicherweise nicht entsprochen werden. An den holländischen Märkten wurden für Baumwollsaatöl wie früher bis zu 160 fl. die 100 kg geboten, wogegen die Verkäufer zögerten, zu diesem Preise zu verkaufen. Für raffiniertes Sojabohnenöl war bei Käufern großes Interesse vorhanden, indessen konnten die gebotenen Preise die Verkäufer zur Abgabe von Ware ebenfalls nicht bestimmen. In Frankreich sind die Preise aller Ölsaaten und Öle in den letzten Wochen kräftig gestiegen. Beispielsweise wurden in Marseille für Leinsaat bis zu 1750 Fr. die t gefordert. Aus Mangel an Ware konnten amtliche Notierungen für Leinöl und Rüböl am Pariser Markt seit längerer Zeit nicht festgesetzt werden.

—p.

Die schweizerische Leinölkommission hat bis auf weiteres **Höchstpreise für rohes Leinöl** festgesetzt und zwar, bei Lieferungen von 4 bis 2 Fässern 340 Fr. und von einem Faß 350 Fr. für 100 kg einschließlich Faß; bei Lieferungen von 50—20 kg 360 Fr. und von 19—1 kg 420 Fr. für 100 kg ausschließlich Verpackung; bei Lieferungen unter 1 kg für Leinöl, roh und gekocht, höchstens bis 55 Cents für das Hektogramm, ohne Verpackung. Für Leinölfirnis dürfen diese Preise um 10 Fr. für 100 kg erhöht werden.

ar.

Neue Zuckerpreise im Generalgouvernement Warschau. Nach einer neuen Verordnung des Generalgouvernements ist für den aus den Zuckerfabriken gelieferten Zucker nunmehr folgender Kaufpreis für den Zentner zu entrichten: Krystallinischer Streuzucker 54 M, Würfel- oder Stückzucker (Raffinadezucker) 60 M. Der Kleinverkaufspreis für Zucker ist für 1 kg festgesetzt worden: Krystallinischer Streuzucker in Warschau und Lodz 2,70 M, in den übrigen Orten 2,50 M, Würfel- oder Stückzucker in Warschau und Lodz 2,80 M, in den übrigen Orten 2,60 M.

on.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände.

Einfuhrorganisation der Zentralmächte für die Einfuhr von Textilwaren aus der Ukraine und Rußland. In Angelegenheit der Einfuhr der ukrainischen und russischen Textilwaren wurde, wie die „Mitteilungen des Wiener Kreditorenvereins“ melden, unter Teilnahme der Bevollmächtigten Österreichs, Ungarns und Deutschlands beschlossen, eine gemeinsame Einfuhrorganisation ins Leben zu rufen, an der die drei Staaten auf Grundlage der Parität teilnehmen werden. Die gemeinsame Organisation heißt Mitteleuropäische Handelsgesellschaft. Sie hat ihren Sitz in Bremen und wird in Wien und Budapest Filialen errichten. Wie die „Ungarische Textilindustrie“ meldet, wurde bezüglich der Aufteilung der ein-

geführten Waren das Übereinkommen getroffen, daß die ersten Transporte zwischen Deutschland und der Monarchie in dem Verhältnis 8 : 5 aufgeteilt werden, im übrigen wird jedoch der Schlüssel 7 : 3 beibehalten. Die Einfuhr der Turkestanwolle wird unabhängig von der Einfuhrgesellschaft einer deutschen Firma übertragen.

Wih.

Eisen-Einkaufsvereinigung in den Niederlanden. Die „Coöperatieve Inkoop-Vereeniging van Metaal-Industrielen“, an der die größten holländischen Werften, Maschinenfabriken, Eisenkonstruktionswerkstätten und sonstigen eisenverarbeitenden Unternehmungen beteiligt sind, bezweckt, den starken Preisheraufsetzungen der verschiedenen holländischen Eisengroßhändler ein Gegengewicht zu bieten, und scheint sich insbesondere gegen etwaige Monopol- und Trustbestrebungen zu richten. Sie will ihren Mitgliedern Eisen und Stahl jeder Art und in guter Qualität beschaffen und betreibt daher für eigene Rechnung Handel in Eisen und Stahl und anderen ähnlichen Materialien. Die Mitglieder sind verpflichtet, bei der Einholung von Angeboten über Waren, die unter den Betrieb der Vereinigung fallen, stets auch an diese eine Anfrage zu richten und ihr möglichst den Vorzug zu geben. Die Einkäufe erstrecken sich zurzeit auf Skandinavien und Deutschland. Kapital 760 000 Gld. Es besteht die Absicht, die Gesellschaft auch nach dem Kriege fortzuführen, so daß sich der deutsche Absatz einer geschlossenen Einkaufsgruppe in Holland gegenübersehen würde.

dn.

Der Verband des Großhandels mit Faserstoffen, Haaren und Borsten in Hamburg sprach sich in seiner Jahreshauptversammlung für die Wiederherstellung der dem Handel unbedingt nötigen Freiheit aus, wenn nicht auch die Industrie und die deutsche Volkswirtschaft in starke Mitleidenschaft gezogen werden sollten. Der Verband hat vor allem mit den Reichsbehörden wegen der Gestaltung des Reisstrohggeschäfts, wegen der Beschlagnahme von Tierhaaren und Borsten, wegen der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland und wegen der Frage der Übergangswirtschaft verhandelt. Von verschiedenen Interessenten wurde im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau des Geschäfts mit Rußland Klage geführt, daß dem Handel vorerst Beschränkungen auferlegt werden, für deren baldmögliche Abstellung der Verband besorgt sein solle. Die Forderung einer Wirtschaftsstelle unter sachgemäßer Selbstverwaltung für die durch den Verband erfaßten Rohstoffe erscheine unerlässlich; die nötigen Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt sollen möglichst schnell aufgenommen werden.

ar.

Der Verband Deutscher Druckpapierfabriken, der noch bis zum 31./12. 1919 läuft, wurde um weitere drei Jahre, also bis zum 31./12. 1922 verlängert.

on.

Eine **Metall-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H.** wurde in Berlin gegründet zum Einkauf von Metallen, Halb- und Ganzfabrikaten und metallhaltigen Materialien im Ausland, zunächst in Rußland. Stammkapital 150 000 M.

ar.

Eine **Schutzvereinigung deutscher Verbraucher von schwedischen Eisenerzen** hat sich unter Führung oberschlesischer Industriefirmen gebildet, die gemeinsam ihre Interessen in den Wirtschaftsverhandlungen zwischen der deutschen und schwedischen Regierung vertreten wird.

dn.

Das **Deutsche Kohlensäure-Syndikat** erhöhte den Preis für die 10-kg-Flasche um 75 Pf. auf 7 M.

on.

Nach Auflösung des Magdeburger Braunkohlen-Syndikats und des Helmstedter Braunkohlenbrikett-Syndikats ist mit Sitz in Magdeburg unter der Firma **Magdeburger Braunkohlen- und Brikett-Syndikat G. m. b. H.** eine neue Verkaufsstelle für Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Naßpreßsteine und Grudekoks errichtet worden, der sämtliche größeren Werke des Braunschweig-Magdeburger Reviers angehören. Der Syndikatvertrag bis 1926 umfaßt über 9 Mill. t Erzeugung. Die Verkaufstätigkeit des neuen Syndikats beginnt am 1./5.

ar.

Die Syndikatsfrage im ostelbischen Braunkohlenrevier. Auf die Vorstellungen einer Deputation der Werksvertreter beim Oberberghauptmann gegen einen einheitlichen Zusammenschluß der außerhalb der engeren Niederlausitz östlich der Elbe gelegenen Braunkohlenwerke hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe ein Rundschreiben erlassen, das einen neuen Standpunkt der Regierung kennzeichnet und die folgenden hauptsächlichen Richtlinien mitteilt: Der Minister will von einer solchen einheitlichen Vereinigung absehen, sofern nachstehende Bedingungen in kürzester Frist erfüllt werden: 1. Den schon bestehenden zwei Absatz-Vereinigungen, der Braunkohlen- und Brikettverkaufsvereinigung G. m. b. H. zu Frankfurt a. O. und dem Lausitzer Braunkohlensyndikat zu Forst i. Lausitz, müssen die in ihren Bezirken gelegenen größeren, noch außerhalb stehenden Braunkohlenwerke angegliedert werden. Für die Frankfurter Vereinigung erwartet dies der Minister mindestens von der Grube Präsident zu Fürstenberg a. O., für das Forster Syndikat von den Cons. Tschöpelner Braunkohlengruben, ferner von der Grube Hela der Gewerkschaft Quolsdorf und von der Grube Viktor I der Gewerkschaft Paul. Der Nachweis des erfolgten Beitritts dieser Gruben zu den bestehenden Vereinigungen muß dem Minister bis zum 6./4. d. J. geführt sein. Von dem Zusammenschluß der im engeren Görlitzer Bezirk belegenen Braunkohlengruben oder von

ihrem Anschluß an eine der beiden genannten Absatz-Vereinigungen will der Minister unter den vorgetragenen Umständen absehen. 2. Die Dauer der beiden Vereinigungen ist grundsätzlich bis zum Jahre 1918 zu erstrecken. 3. Die beiden gemäß Ziffer 1 und 2 ausgebauten Vereinigungen haben dem Minister, jede für sich, schriftlich folgende für die Dauer ihres Bestehens geltende Zusicherungen zu geben und danach zu handeln: a) Jede Vereinigung wird von jetzt an eine Veränderung ihrer allgemeinen Verkaufspreise und Verkaufsbedingungen nicht vornehmen, ohne vorher rechtzeitig mit dem Minister für Handel und Gewerbe Fühlung genommen zu haben. b) Jede Vereinigung wird ferner über alle ihre Geschäftsgebarung betreffenden Fragen dem Minister für Handel und Gewerbe auf Verlangen erschöpfende schriftliche oder mündliche Auskunft erteilen. Der Minister sieht der rechtzeitigen Erfüllung dieser unter 1—3 aufgestellten Bedingungen zur Vermeidung eines sonst erfolgenden zwangsweisen Zusammenschlusses der ostdeutschen Werke entgegen. *ar.*

Zwangssyndizierung in der österreichisch-ungarischen Papierstoff-Industrie. Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung des K. u. K. Ministerpräsidenten, welche den Handelsminister ermächtigt, die Fabrikation, die Aufarbeitung und die Inverkehrsetzung von Cellulose, Halbzeug (aus Holz erzeugtem Papierstoff, Haderstoff) im Verordnungswege zu regeln. Zu diesem Zwecke steht es ihm frei, die mit der Erzeugung, Aufarbeitung und in Verkehrsetzung dieser Stoffe beschäftigten Unternehmungen zu Zwangsvereinigungen zusammenzuschließen sowie den Wirkungskreis und die Organisation dieser Vereinigungen zu bestimmen. (Es ist dies das erste Zwangssyndikat in Ungarn.) *ar.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Vereinigte Staaten. Die Produktion von Rohöl betrug im Februar 7 599 000 Faß, was gegen Januar eine Abnahme von 642 000 Faß ausmacht. *ar.*

China. In Süchina wird, wie „Lloyd's List“ einem amerikanischen Konsultatsbericht entnimmt, infolge der steigenden Kohlenpreise Holz anstatt Kohle verwendet. Doch ist nur eine begrenzte Menge hiervon zur Verfügung, wenn nicht weite Bezirke gänzlich abgeholzt werden sollen. Gerade dort, wo das Holz steht, befinden sich unter der Erde gute Kohlenflöze, die zum Teil auch bereits von den Eingeborenen ausgebeutet werden. Jedoch wird die bestehende Knappheit hierdurch nicht beseitigt, da die ungeübten Kulis zu wenig leisten, oder weil es an ausreichender Transportmöglichkeit fehlt. Für einige der besten Kohlenfelder haben ausländische Firmen schon vor langer Zeit Konzessionen erhalten, die sie gerne ausüben würden, wenn das chinesische Bergrecht es gestatten würde, zumal es sich um sehr ausgedehnte Kohlenfelder handelt, die so gelegen sind, daß eine gute Beförderungsmöglichkeit auf dem Wasserwege vorhanden oder die Bahn leicht zu erreichen ist. Die chinesischen Gesetze verhindern aber die Ausbeutung durch Ausländer, während die Chinesen nicht in der Lage sind, Eisenbahnmaterial zu beschaffen. Inzwischen wird das Land seines Holzbestandes beraubt und bleibt in seiner industriellen Entwicklung zurück, weil es von den teuren Heizstoffen abhängig ist, die aus Japan, Indochina oder Nordchina herbeigeschafft werden müssen. *on.*

Tunis. Pflanzenfaserindustrie. „Le Bulletin“ berichtet: Eine Industrie, die früher versuchsweise in Cap Bon betrieben, dann aber vernachlässigt wurde, nämlich die Gewinnung der Pflanzenfaser, wird demnächst wieder aufgenommen werden, und zwar von einem tunesischen Pflanzler, dessen Werkstätten in Menzel-bou-Zelfa eingerichtet werden. Das zur Fabrikation nötige Personal ist mit Einwilligung des Generalgouvernements in Algerien angeworben. Die Pflanzenfaser wird aus den Blättern der Zwergpalme gewonnen. Dieses Staudengewächs gedeiht in der ganzen Gegend um Cap Bon in großer Fülle. *ar.*

Niederlande. Wegen Mangels an deutschen Steinkohlen sollen die Dampffischfahrzeuge in Jmuiden mit Limburger Bricketts versuchsweise versehen werden. Gelingen die Versuche, so wird, wie der „Maasbode“ bemerkt, die holländische Küstenschifferei von der Zufuhr deutscher Steinkohle unabhängig sein. *ar.*

England. Wie „Algemeen Handelsblad“ erfährt, wurde in London die British Cellulose and Chemical Manufactory Co. Ltd. mit einem Kapital von 3½ Mill. Pfd. Sterl. errichtet. *on.*

„Daily Chronicle“ schreibt: Die neuen Verordnungen schränken die Herstellung von Bier für das Jahr 1918/19 auf 10 Mill. Normalfässer ein. Clynes berechnet, daß diese Menge der Nation 3% fester Nahrung entzieht, von der fast ein Drittel als Nebenprodukte der Ernährung der Tiere zugute kommen. Leif Jones trat daher in einer Rede, die sich auf Zahlen und Tatsachen stützte, für die vollständige Einstellung der Brauereibetriebe

ein. Es war erstaunlich, von ihm zu erfahren, daß, während die „National Drink Bill“ von 164 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1914 auf 259 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1917 gestiegen war, die Staatseinkünfte aus diesen Betrieben (abgesehen von der Kriegsgewinnsteuer) von 62 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1915 auf 35 Mill. Pfd. Sterl. im Jahre 1917 heruntergegangen sind. Nur die Brauer haben dabei verdient, und der Staat hat unter der Politik, den Gehalt des Bieres herunterzusetzen und die Preise zu erhöhen, zu leiden gehabt. Leif Jones ist der Meinung, daß, sobald das Volk wirklich weiß, wie gering die Reserven an Weizen sind, es nicht erlauben wird, daß noch ein Bushel Gerste zum Brauen von Bier verwendet wird. „Den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und sie zuzugeben“, war sein Rat an die Regierung. *ll.*

Folgende metallurgische Gesellschaften: Steel Peech and Tozer, Samuel Fox & Co., Rother Dale Collieries, Frodingham Iron and Steel Co. und die Appleby Iron Co. vereinigten sich zu der neu gegründeten Gesellschaft United Steel Companies (Kapital 7,68 Mill. Pfd. Sterl.) Weitere Fusionen von Stahlwerken, nämlich die der South Durham Steel, Weardals Steel, Richardsons Westgarth und Furness Withy stehen bevor. *on.*

Schweiz. Die Strangfärberei wird vom 1./6. 1918 an keine höheren Erschwerungen mehr ausführen als 50% über pari für Farbig und 100% (nicht 10%) über pari für Schwarz. *Gr.*

Die Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft Neuhausen (vgl. S. 117) äußert sich wie folgt über ihre Hilfsgesellschaften: „Unsere Anlagen in Frankreich stehen immer noch unter Sequester; es wurde uns wie letztes Jahr gestattet, die zur Aufrechterhaltung der Minenkonzessionen und zum Unterhalt derselben nötigen Gelder zu beschaffen. Wir müssen auch dieses Jahr mit Bedauern konstatieren, daß unsere seit dem Jahre 1914 mit Sequester belegten Anlagen in Südfrankreich ihm heute noch unterstellt sind. Es wäre doch gewiß an der Zeit, daß die französische Regierung unserer Unternehmung gegenüber, die von den französischen Gerichten selbst als schweizerische anerkannt worden ist, die Aufhebung des Sequesters und die vorbehaltlose Rückerstattung aller unserer Auslagen verfügen würde, unter voller Vergütung des der Unternehmung aus den bisherigen Maßnahmen erwachsenen Schadens. Die Werke in Deutschland und Österreich konnten in befriedigendem Betrieb erhalten werden. Mit Rücksicht auf das günstige Ergebnis haben wir eine Rückstellung von 5 Mill. Fr. für Erstellung von Winterwasserkraften im Wallis vorgesehen. Mit dieser Rücklage betragen die Amortisationen für 1917 9 162 969 (8 326 408) Fr. *on.*

Eine Kommission der Gaswerke Lugano hat Schritte eingeleitet, um ein Braunkohlenlager in Arogno (bei Lugano) auszubauen, das nach der Analyse der Eidgenössischen Technischen Hochschule 338 l Gas das kg ergeben würde. Man erwartet den Ausgang der Verhandlungen, die mit der italienischen Regierung zur Erlangung der Bewilligung für die Erstellung einer dem Transport dienenden Drahtseilbahn von Arogno nach Campione und von hier nach Lugano eingeleitet worden sind. *on.*

Neugründungen: Aluminiumfabrik Martigny A.-G. in Martigny-Bourg (Wallis), Fabrikation von Aluminium und anderen Metallen. Grundkapital 120 000 Fr. — Die im Januar dieses Jahres gegründete Kohlen-A.-G. in Zürich (Grundkapital 100 000 Fr.) hat in Luzern eine Zweigniederlassung errichtet. — Gustave Streit S. A., Industrie suisse de pierres fines, Genf, bezweckt Bearbeitung, An- und Verkauf von Edelsteinen sowie Erwerb von Fabrikmarken, Patenten usw. Gesellschaftskapital 650 000 Fr. — Die mit 800 000 Fr. Kapital gegründete Bernische Braunkohlengesellschaft A.-G., Gondiswil, bezweckt die Ausbeutung des westlich vom Dorfe Gondiswil vorhandenen Braunkohlenlagers (Schieferkohle). — Die A.-G. „Talona“ in Hirschthal (Aargau) ist mit einem Grundkapital von 60 000 Fr. zur Herstellung und zum Vertrieb von Kunstleder sowie aller damit zusammenhängenden Artikel gegründet worden. *on.*

Dividenden: A.-G. der vereinigten Öl-, Kitt- und Kreidewerke vormals Plüß-Staufer, Oftringen, auf die Prioritätsaktien wieder 6%, auf die Stammaktien 6 (5)%. — Peter, Cailler, Kohler, Chocolats Suisses S. A. Vevey, 22 (18) Fr. — Grandes Teintureries de Morat et Yvernoise de Lausanne Réunies S. A. in Pully-Lausanne 6½ (6) %, die höchste Dividende seit Bestehen der Gesellschaft. — Das Schweizerische Serum- und Impfinstitut Bern beantragt für 1917 8 (10)% Dividende. *on.*

Spanien. Im Rondagebirge in der Provinz Malaga wurde Platin gefunden, dessen Wert nicht hinter dem berühmten Platin des Urals zurückstehen soll. Gegenwärtig wird die Serrania de Ronda auch auf andere Mineralien erforscht, und neben Eisen konnten auch Chrom- und Nickelerze festgestellt werden. *Wth.*

Mazedonien. Kohlenlager. Das „Journal of Commerce“ berichtet folgendes: Man hat in vielen Tälern Mazedoniens große Mengen Kohlen gefunden, die sich an vielen Stellen auf der Oberfläche zeigen. So sind z. B. sehr ausgedehnt und wertvoll die Lager im Tale von Kossovo, in der Nähe von Sibootzi und Hade, längs des Sitnizafusses im Südwesten der Stadt Prishtina und

um das Dorf Schaschkovitza herum sowie im äußersten Norden des Tales, im Südwesten von Prishtina. Die Lager haben gewöhnlich eine Stärke von ungefähr 4 Fuß, ziehen sich fast horizontal in nord-östlicher Richtung und erreichen an manchen Stellen an der Oberfläche eine Ausdehnung von 1 km. Früher wurden besonders die serbischen Eisenbahnen aus diesem Gebiet mit Kohlen versorgt. Auch in dem beckenartigen Tale von Prizrend finden sich Kohlenlager auf der Oberfläche, in einer Durchschnittsstärke von 2 Fuß, ebenso in dem engen Tale des Piskuptschinaflusses, in der Umgegend der Dörfer Lukovo, Perezi und Berovo, bis hinauf zum Ohrida-distrikt. Aber diese Kohlen haben nur örtlichen Wert, da sie zu weit von den Bahnlinien entfernt liegen. Auch im Pelagoniabecken hat man in der Nähe von Prilep, Suhodol und Jivonia Kohlenlager gefunden, am Tschernafusse solche von 3,25—6,75 Fuß Stärke. In der Nähe des Dorfes Tsaridvor stieß man kürzlich beim Graben eines Brunnens 16 Fuß unter der Oberfläche auf eine Kohlenader, die allerdings nur 2,25 Fuß stark war. Man hat allein in der Umgegend dieses Ortes bereits Kohlen genug gefunden, um die ganze Gegend damit zu versorgen, und sicher gibt es hier noch andere und größere Lager, die noch nicht festgestellt sind. Auch fand man Kohlen in großen Mengen und guter Qualität in den Distrikten rund um Skopje, ebenso in der Nähe von Bardovtzi und Kitschevo. — Mazedonien ist zweifellos reich an Kohlen, nur sind nie besondere Maßnahmen getroffen worden, um die Lager festzustellen oder sie sachgemäß zu bearbeiten. Doch dürfte es — so schließt das erwähnte britische Blatt — lohnend sein, nach dem Kriege Kapitalsanlagen vorzunehmen, um die natürlichen Reichtümer des Landes zur Entfaltung zu bringen. *on.*

Rumänien. Deutsche Kohleninteressen. Im Auftrage einer Berliner Großbank wurde der frühere Direktor der Werschen-Weissenfelder Braunkohlen-A.-G., Paul Kriebitz, Merseburg, nach Rumänien berufen, um staatliche und private Kohlenbergwerke auf Ergiebigkeit zu untersuchen und den etwaigen Übergang an deutsche Interessenten vorzubereiten. *ll.*

Zahlreiche Übertragungen von Rechten und Konzessionen, wie auch Verkäufe von beweglichen und unbeweglichen Gütern, die bisher den Gesellschaften zur Ausbeutung der Petroleumgebiete oder Personen rumänischer oder Ententestaatsangehörigkeit gehörten, sind vor dem Bukarester Notariatsgericht eingetragen worden. Als Käuferin tritt eine zur Ausbeutung der Petroleumquellen neugegründete deutsch-österreichische Gesellschaft auf. Der Wert der bisher getätigten Übertragungen beläuft sich auf 10 Mill. Fr. *on.*

Norwegen. „Morgenbladet“ vom 16./3. berichtet, daß eine neue Gesellschaft gegründet wird zur Herstellung medizinischer Chemikalien. Für das Unternehmen werde ein bedeutendes Kapital benötigt, und es heißt, daß dieses — mehrere Millionen — bereits gezeichnet sei. Auch sei der Grund und Boden, auf dem die Fabrik errichtet werden soll, bei Frederiksstad bereits erworben. Die Anlage in ihrer Gesamtheit werde jedoch erst nach dem Kriege vollendet werden können. Diese Fabrik werde für Norwegen die erste in ihrer Art sein; man rechne für später mit einer ausgedehnten Ausfuhr von medizinischen Chemikalien nach anderen Ländern. *ar.*

Österreich-Ungarn. Die chemische Industrie hat unter dem Einflusse der Kriegereignisse ganz außerordentliche Fortschritte gemacht. Der ungeheure Bedarf der Heeresverwaltung an allen möglichen chemischen Produkten hat die Industrie genötigt, nicht nur ihre Erzeugung chemischer Artikel, die sie bisher schon lieferte, in ungeahntem Maße zu erweitern, sondern sich auch auf die Fabrikation von in ihr Fach einschlagenden Waren zu verlegen, die sie bisher nicht erzeugte. In manchen nicht unwichtigen Artikeln hat sich die chemische Industrie Österreichs vom Auslande unabhängig gemacht. — Wie bei so vielen anderen Industrien hat der Krieg auch für die chemische Industrie eine Hochkonjunktur gebracht. Unternehmungen, die vor dem Kriege in schlechter Situation waren, sind in den letzten Jahren nicht nur saniert worden, sondern haben hohe Dividenden zahlen können. *ar.*

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß z. B. wegen der durch den Krieg verhinderten Guanoimport die Kunstdüngerezeugung eine große Ausdehnung genommen hat. Auch die durch den Krieg verhinderte Einfuhr von Chilesalpeter hat die Industrie zu größeren Anstrengungen genötigt, und es wird auch im Frieden möglich sein, die Salpeterimport zu beschränken. Die chemische Industrie hat durch den Krieg so viel an Leistungsfähigkeit gewonnen, daß sie nach Wiederherstellung des Friedens ihren Aufgaben sich viel mehr als in der früheren Friedenszeit gewachsen zeigen wird. Österreich besitzt eine stattliche Anzahl Unternehmungen der chemischen Industrie, die vielfach auch einen Vergleich mit der großen chemischen Industrie des Deutschen Reiches aushält. Bei der großen Zukunft, die der chemischen Industrie unzweifelhaft bevorsteht, wird es an Gründungen dieser Art in Österreich nach Beendigung des Krieges gewiß nicht fehlen. (Bulg. Handelsztg.) *Gr.*

Kapitalserhöhungen. Mineralölraffinerie A.-G. von 8,8 Mill. auf 11 Mill. Kr.; Bacsmegeyer Zuckerfabrik A.-G. von 5 Mill. auf 8 Mill. Kr.; Erste Ungarische Feinlederfabrik S. Freud

A.-G. von 2 Mill. auf 3 Mill. Kr.; Phylaxia A.-G. für Serumproduktion von 1 Mill. auf 2 Mill. Kr. *L.*

Die A.-G. für Nutzbarmachung der Wasserkräfte Dalmatiens (Kerka) kündigt eine Kapitalserhöhung an. Sie besitzt die größten Stickstoffanlagen in Österreich, die dem Staate während des Krieges wertvolle Dienste geleistet haben. Ihre elektrischen Kraftwerke, die verschiedene Städte und Eisenbahnen mit Strom versorgen, sollen nach dem Kriege ausgestaltet, die Erzeugung von Calciumcarbid und Kalkstickstoff gesteigert werden. Die Gesellschaft hat während des Krieges die Dividendenzahlungen eingestellt, angeblich wegen der ungünstigen Kalkulationen bei den Lieferungen. Da aber die Zukunftsaussichten günstig beurteilt werden, verzeichnen die Aktien an der Triester Börse noch immer ein Agio von 140%. Durch die neue Aktienemission soll das Aktienkapital von 14 auf 21 Mill. Kr. gebracht werden. *on.*

Urikany-Zsiltaler ungarische Kohlenbergwerks A.-G.: Reingewinn 3 371 000 (1 234 185) Kr. 800 000 Kr. werden (wie i. V.) zur 5%igen Verzinsung des Aktienkapitals und außerdem 960 000 Kr. als 6%ige Überdividende (0) verwendet. Die Direktion schlägt behufs Durchführung der gemeldeten, mit der Ungarischen Allgemeinen Kohlenbergbau-A.-G. getroffenen Vereinbarung die Erhöhung des Aktienkapitals von 16 Mill. auf 20 Mill. Kronen vor. *ll.*

Die Depositenbank gründete mit Wiener Großindustriellen die Terra Galiciana, Erdölgebergungsgesellschaft, mit 3 Mill. Kr. Stammkapital. *on.*

Die Hruschauer Tonwarenfabrik konnte den früheren Verlust nicht unbedeutend ermäßigen. Über die German American Stoneware Works enthält der Bericht keinerlei Mitteilung. Nach Verbuchung der Kriegsteuer, Abschreibungen 319 186 (158 778) M und Rückstellungen 150 000 (0) M für die Übergangswirtschaft, Reingewinn 1 160 407 (1 144 608) M, 14 (11)% Dividende und Vortrag 90 008 (98 113) M. *ar.*

Die erste Bilanz der Bulgarisch-Böhmischen Zuckerrfabrik, welche den Zeitraum 1912—1917 umfaßt, weist einen Reingewinn von 2 134 100 Leva aus; die Gesellschaft verteilt 23% Dividende oder 60 Kr. *on.*

Ungarische Textilindustrie A.-G. Roßahagy. Bei einem Aktienkapital von 12 Mill. Kr., nach Abschreibungen von 1,2 Mill. Kr., Reingewinn 4,1 (3,7) Mill. Kr. (Im Vorjahr 12% Dividende.) — **Ungarisch-amerikanische Northrop Webstuhl- und Textilfabrik A.-G. Roßahagy.** Bei 4 Mill. Kr. Aktienkapital Reingewinn 885 000 (734 097) Kr. Dividende 0%. *on.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Zur Lage der deutschen Papiergarn- und Gewebeindustrie. Die Papiergarn- und Gewebeindustrie hat sich im verflossenen Halbjahr in ganz erheblicher Weise weiterentwickeln können. Es gibt im Deutschen Reich fast kein Gebiet im Textilgewerbe, worin man nicht Ersatzartikel aus Papier antrifft, und dieser Kreis der Verwendungsmöglichkeit erweitert sich noch fortwährend. Durch die Vervollkommenheit der technischen Einrichtungen werden jetzt Papiergarne bis zu Nr. 25 und darüber hinaus gesponnen. Durch Neueinrichtungen und Vergrößerungen bestehender Betriebe reicht die Erzeugung jetzt annähernd aus, um den Bedarf zu decken; augenblicklich ist aber ein Stillstand in den Neueinrichtungen zu verzeichnen. Es werden jetzt in Deutschland etwa 2 Mill. kg Papier täglich zu Spinnzwecken angefertigt. Die Lieferung dieses Papiers ließ zeitweise sehr zu wünschen übrig, so daß in den Spinnereien manchmal die Arbeit ruhen mußte. Auch die Einfuhr von schwedischem Spinnpapier blieb beschränkt. Große Schwierigkeiten waren es, die im Anfang der Papierindustrie entgegenstanden, allgemein wurde das Vorurteil genährt, aus Papier könne doch nichts Haltbares in Textilwaren gemacht werden. Dieses Vorurteil muß aber rasch schwinden, wenn man sieht, wie schwere Pferdegeschirre und breite starke Treibriemen aus Papier hergestellt werden. Heute ist die Textilindustrie auf dem Gebiete der Bekleidung ebenauf; es ist eine gewaltige, wirtschaftlich hochbedeutsame Arbeit, die in der schweren Kriegszeit geleistet worden ist. — Während die Berufskleidung aus Papiergewebe sich im allgemeinen gut einführt, stehen der Einführung von Bekleidungsstoffen und Bekleidungsstücken im bürgerlichen Verkehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die Beschaffenheit der Papiergewebe ist infolge der wesentlichen Fortschritte in der Papiererzeugung erheblich besser geworden und wird das Mißtrauen beseitigen, das bis jetzt noch bei den meisten Käufern vorhanden ist. Auch der große Wettbewerb der auf dem Markte einsetzt, hat dazu beigetragen, die Beschaffenheit der einzelnen Erzeugnisse nach Möglichkeit zu verbessern und den Erfordernissen der Verwendung Rechnung zu tragen. Der Qualitätsfortschritt macht sich außer bei den Stoffen für Männer- und Frauenbekleidung auch besonders bei den Verbands-, Mull- und Kreppartikeln bemerkbar, welche in denkbar bester Beschaffenheit als Ersatzstoff

zur Herstellung gelangen. Die jetzige deutsche Faserstoffausstellung hat gezeigt, welche gewaltigen Fortschritte die Papiergewerbeindustrie gemacht hat. Die Gewinnung und Veredlung heimischer Faserstoffe wird während der Übergangszeit, in der die Zufuhren von Baumwolle, Wolle, Flachs usw. aus dem Auslande noch lange knapp sein werden, eine große Rolle spielen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die neue Industrie sich zum Teil auch in der kommenden Friedenszeit siegreich behaupten wird. *Wth.*

Platinfunde. Im Gemeindesteinbruch in Oboersbach wurde das Vorkommen zahlreicher Blei Quarzitadern festgestellt, die Platin enthalten. Nach den angestellten Untersuchungen sind die Mengen so bedeutend, daß sich der Abbau lohnt. Zur Ausbeutung der Platinlager sind bereits reichhaltige Geldmittel in Aussicht gestellt. — (Man wird diese Nachricht mit der hierbei gebotenen Vorsicht aufnehmen müssen. — *Red.*) *Wth.*

Bergbau im Erzgebirge. Der früher im Zechengrund bei Oberwiesenthal im Erzgebirge betriebene Bergbau soll jetzt wieder aufgenommen werden, da ein solches Unternehmen erfolgversprechend erscheint. Anfang des 16. Jahrhunderts wurden in dieser Gegend zumeist reiche Silbererze gefördert, später auch Kobalt. Jetzt sind es vor allem Kobalt und Arsenik, Wismut und Pechblende, die man fördern läßt. *on.*

Zur Ausnutzung der Wasserkräfte des Oberrheins. Die zuständigen Stellen der Reichsregierung und mehrerer Bundesregierungen beschäftigt zur Zeit ein großer Plan zur Ausnutzung der Wasserkräfte am Oberrhein. Es handelt sich darum, eine Kanalisierung des Rheins zwischen Straßburg und Basel vorzunehmen, und die dadurch entstehenden Wasserkräfte zur Errichtung eines großen Kraftwerkes zu benutzen, das weite Teile Deutschlands mit elektrischer Kraft versorgen soll. Die Verhandlungen sind in vollem Gange, und da es sich um die Gebiete mehrerer Bundesstaaten handelt, die bei der Stromregulierung und der Versorgung mit elektrischer Kraft in Betracht kommen, hat das Reich selbst die Prüfung in die Hand genommen. Der Gedanke einer Regulierung des Oberrheins zwischen Straßburg und Basel ist bekanntlich schon seit Jahren zwischen Baden und Elsaß-Lothringen erörtert worden. Auch die Schweiz ist an der Frage lebhaft interessiert, da eine Ausdehnung der Rheinschiffahrt bis Basel für ihren gesamten Warenhandel von größter Bedeutung wäre. Da jetzt das Projekt mit der Schaffung eines großen Elektrizitätswerkes in Zusammenhang gebracht ist, dürfte seine Verwirklichung wesentlich erleichtert sein. *dn.*

Die Topfwarenindustrie in der sächsischen Oberlausitz hat im Kriege erhöhte wirtschaftliche Bedeutung infolge Beschlagnahme des Aluminiumgeschirrs und des großen Bedürfnisses an Einlegegefäßen erhalten. Man bedauert lebhaft, daß das Töpfereigewerbe Sachsens, wenigstens soweit Arbeitgeber in Frage kommen, einen Zweckverband nicht eingegangen ist und erkennt dieses als eine Unterlassung an, die sich jetzt sehr fühlbar macht. Es wird betont, daß die Lausitzer Töpferei für die Kriegführung wichtige Rohstoffe nicht benötigt, wie es z. B. bei den Emaillewerken der Fall ist. Darum könnte sie bei behördlicher Unterstützung leistungsfähiger sein, als sie es gegenwärtig ist. *dn.*

Aus dem anhaltischen Braunkohlenbergbau. Die Grube Leopold bei Edderitzsch, die Anhaltischen Kohlenwerke, die Deutschen Solvaywerke und andere anhaltische Kohlengesellschaften erhielten vom anhaltischen Staat die Zusicherung, daß bis Januar 1923 das Gesetz über staatliche Zwangsentgehung unerschlossener Braunkohlenfelder nicht angewendet wird, wenn die Werke sich verpflichten, die anhaltischen Kohlengroßabnehmer bei gleichen Preisen und Lieferungsbedingungen vor den außeranhaltischen Abnehmern zu bevorzugen. *dn.*

Aus der Kaliindustrie.

Kaligewerkschaft Carlsfund, Magdeburg. Der Absatz stellt sich auf 93 936 (95 801) dz K_2O . Die Erzeugung von Fabrikaten bleibt hinter der des Vorjahres zurück. Einschließlich 26 689 (49 339) M Vortrag und nach Verrechnung der allgemeinen Unkosten usw., der Abschreibungen von 371 067 (255 947) M auf Anlagen und 89 929 Mark auf Effekten) und von 98 000 (196 000) M Rückstellung für Preisausgleich werden 200 000 (250 000) M als Ausbeute gezahlt und der Vortrag auf 268 212 M erhöht. Die Anlagen sind mit 6,42 (7,02) Mill. M bewertet. Die Nachfrage sei im laufenden Jahre außerordentlich lebhaft, der Bedarf könne nicht entfernt gedeckt werden, zumal nennenswerte Lagerbestände nicht vorhanden seien. Seit Anfang 1918 litten die Betriebe außerordentlich unter Kohlenmangel. *on.*

Die Kaligewerkschaft Glückauf-Sondershausen erzielte auf Glückauf und Glückauf-Bebra 1 376 028 (1 488 239) M Betriebsüberschuß. Aus 2,34 (2,48) Mill. M Rohgewinn werden 1 362 750 (281 250) M Ausbeute gezahlt, an Glückauf-Bebra wieder 200 000 M vergütet. Auf Glückauf-Berka ruhte der Betrieb des Werkes. Der erzielte Überschuß von 243 891 (213 405) M wurde zu Abschreibungen verwendet. Auf Glückauf-Ost verlief der Betrieb der Schachtanlage ohne größere Störungen. Der erzielte Betriebs-

überschuß von 711 238 (619 410) M wurde ebenfalls zu Abschreibungen verwendet. *ar.*

Die Gewerkschaft Hohenzollern in Saarbrücken genehmigte den Verkauf des gesamten Bergwerkeigentums an die Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen auf der bekannten Grundlage, daß für zwei Hohenzollernkuxe ein Glückauf-Sondershausenkux mit Ausbeuteberechtigung ab 1./7. 1918 gegeben wird. Die Verwaltung bemerkte, daß sich die Angliederung von Hohenzollern an einen größeren Konzern schon im Hinblick auf den nach dem Krieg vorzunehmenden Ausbau der elsässischen Tochterunternehmungen von Hohenzollern als wertvoll erweise. Ein selbständiger Ausbau würde zur Folge haben, daß für die nächsten vier bis fünf Jahre nur eine geringe Ausbeute in Aussicht stehe, wogegen durch Verteilung der Lasten auf den größeren Glückaufkonzern die Rentabilitätsaussichten wesentlich besser seien. *on.*

Verschiedene Industriezweige.

In der Generalversammlung der **Chemischen Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering)** soll die Verteilung einer Dividende von 18 (16) % auf die Stammaktien vorgeschlagen werden, während auf die Vorzugsaktien die feststehende Dividende von 4 1/2 % zur Ausschüttung gelangen wird. Die Gesellschaft hat nach Rückstellung von 200 000 M für gemeinnützige und wohltätige Zwecke und nach Absetzung der Kriegsgewinnsteuerrücklage zuzüglich des Gewinnvortrages aus 1916 einen Bruttogewinn von 2 118 074 (2 123 222) M erzielt. Die Abschreibungen auf Betriebseinrichtungen belaufen sich auf 371 659 (535 410) M. Laut Geschäftsbericht ist der Umsatz im abgelaufenen Jahre wiederum gestiegen. Der regen Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gesellschaft konnte nicht immer entsprochen werden, wohl aber war es möglich, die stark begehrten pharmazeutischen Spezialartikel unbeschränkt zu liefern. Im laufenden Jahre waren Umsatz und Beschäftigungsgrad bislang zufriedenstellend. *ar.*

Chemische Werke Schuster & Wilhelmy Akt.-Ges., Reichenbach, Oberlausitz. Das abgelaufene Geschäftsjahr weist einen höheren Umsatz als das vorige Jahr auf, obwohl ein Teil der Betriebe nur in beschränktem Umfange arbeiten konnte. Die Zufuhren von Rohmaterial und die Beschaffung von Hilfsstoffen war schwierig. Eine Beurteilung des laufenden Geschäftsjahres ist zurzeit nicht möglich; der Umsatz der ersten Monate war aber befriedigend. Reingewinn nach Abzug der Abschreibungen von 105 288 M zuzüglich Vortrag von 49 905 M 230 354 (307 155) M. Dividende wieder 10 %. *ar.*

Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken zu Schwelm und Harkorten, A.-G. zu Gotha — Chemische Fabrik zu Heinrichshall, A.-G. Die Chemische Fabrik zu Heinrichshall, A.-G., beruft auf den 30./4. eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Genehmigung eines mit der Harkortsche Bergwerke und Chemische Fabriken zu Schwelm und Harkorten A.-G. zu Gotha abgeschlossenen Fusionsvertrages Beschluß fassen soll, durch welchen das Vermögen der Chemischen Fabrik zu Heinrichshall unter Ausschluß der Liquidation auf die Harkortschen Bergwerke übertragen wird. Die Chemische Fabrik zu Heinrichshall zahlte in den letzten 8 Jahren vor 1916 5, 6, 2 1/2, 0, 4, 3, 0 und 5 % Dividende. — Die Harkortschen Bergwerke verteilten für die letzten acht Geschäftsjahre vor 1916/17 14, 10, 10, 10, 13 1/2, 12 1/2, 9 und 7 % Dividende. Die Dividende für das am 30./6. zu Ende gehende Geschäftsjahr 1917/18 wird in Börsenkreisen um mehrere Prozent höher als im Vorjahre geschätzt. Für die Aktionäre von Heinrichshall stellt sich die Transaktion recht günstig dar, und es ergibt sich ein Umtauschkurs, der den in der letzten Zeit notierten, stark erhöhten Börsenkurs noch übersteigt. *ar.*

Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Bochum, hat durch den Erwerb sämtlicher Kuxe der Gewerkschaft Selbecker Bergwerks-Verein zu Mülheim-Ruhr eine Erweiterung ihrer Erzbasis vorgenommen. Der Selbecker Bergwerksverein wurde früher als Aktiengesellschaft betrieben; als infolge der Wasserfrage vor einer Reihe von Jahren der Betrieb eingestellt werden mußte, erfolgte die Überführung des Unternehmens in die jetzige Form der Gewerkschaft, jedoch ist auch von dieser der Bergbau nicht weiterbetrieben worden. Die neue Besitzerin beabsichtigt jetzt, die Grube auszubauen und die Förderung wieder aufzunehmen. Es kommen hauptsächlich Blei- und verwandte Erze in Betracht. *dn.*

Die Hse Bergbau-A.-G. berichtet, daß die Freilegung von Braunkohlen zeitweise nicht mit dem Absatz Schritt hält und dadurch im ersten Halbjahr die Erikketterzeugung zurückging. Ungeeignete Schmiermittel brachten neue Störungen. Die Freigabe von Facharbeitern durch das Heer kam äußerst erwünscht, aber mit Sorge beobachtet man dem Zeitpunkt entgegen, an dem die vorwiegend im Tagbau der Abraumgebiete beschäftigten Kriegsgefangenen abzugeben sind. Die heimkehrenden, mehr oder weniger als Facharbeiter anzusehenden Krieger kommen für diesen Zweck zumeist nicht in Frage. Grube Erika habe auf längere Zeit die Lieferung von Roh-

braunkohle für das unmittelbar neben der Grube Erika in der Gemarkung Lauta zu errichtende große neue Aluminiumwerk (Vereinigte Aluminiumwerke) übernommen; es mußten daher in erster Reihe die sehr langsam vorangeschrittenen Arbeiten für den Tagebauaufschluß beschleunigt werden. Man erhoffte die rechtzeitige Förderaufnahme. Noch im Laufe des Jahres 1918 soll auch ein Teil der neuen Erika-Brikettfabrik in Betrieb kommen. Die Zulassung der neuen Stammaktien soll gleich nach Vollzahlung beantragt werden. Nachdem die Aktienemissionskosten von 289 087 (i. V. 0) M vorweg gedeckt sind, beträgt nach 4,10 (3,90) Mill. M Abschreibungen der Reingewinn 4,83 (3,69) Mill. M. Dividende 26 (6)%. *ar.*

Die Düsseldorfer Eisengroßhandlung **Biefang & Everling** ist durch Annäherung an die Firma Raab, Kärcher & Co., Duisburg, in den Konzern der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. übergegangen. *ar.*

Porzellanfabrik Fraureuth A.-G., Fraureuth (Sachs.). Reingewinn 292 281 (75 816) M. Dividende 15% (in den letzten Jahren dividendenlos). Die Geschäftslage des Unternehmens wird von der Verwaltung nach wie vor als günstig bezeichnet. *on.*

Arloffer Thonwerke A.-G., Arloff. Nach Abschreibungen von 302 694 (121 033) M Reingewinn 189 946 (104 722) M. Dividende 12 (8)%. *ll.*

Die **Tonwaren-Industrie Wiesloch A.-G.**, deren Fabrik vor drei Jahren größtenteils abbrannte und bisher nicht wieder aufgebaut werden konnte, kann eine Dividende wieder nicht verteilen. Die Unterbilanz (i. V. 51 705 M bei 1,75 Mill. M Kapital) dürfte sich wieder nach dem „Berl. Börs. Cour.“ nur unwesentlich erhöhen. *on.*

Die **Deutsche Ton- & Steinzeugwerke A.-G., Charlottenburg**, war namentlich in der Abteilung „Apparatebau für Säureherstellung“ stark beschäftigt. Der Gesamtumsatz überstieg den vorjährigen erheblich. Von den Tochtergesellschaften verteilt die Ver. Magnesia Co. und Ernst Hildebrandt A.-G. 18% Dividende. *dn.*

Metallpapier-Bronzefarben-Blattmetallwerke-Akt.-Ges., München. Nach Abschreibungen von 283 514 (182 418) M, einschließlich 303 524 (202 463) M Vortrag. Reingewinn 830 907 (887 752) M. Die Dividende wird wieder mit 14% vorgeschlagen, außerdem soll auf jede Aktie ein Bonus von wieder 100 M in 5% Krieganleihe mit Zinssehein für 1./10. 1918 gezahlt werden. *ar.*

Gummiwerke Fulda A.-G. Zuzüglich Gewinnvortrag von 567 949 (427 686) M: Reingewinn 748 917 (575 331) M, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. (Im Vorjahr wurden 7382 M dem Reservefonds überwiesen und 567 949 M vorgetragen.) Eine Dividende gelangt somit, wie seit 7 Jahren, nicht zur Verteilung. Nach dem Geschäftsbericht ist die Beschäftigung in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres stärker als in der gleichen Zeit des Vorjahres gewesen. *ar.*

Das gesamte 3 Mill. M betragende Aktienkapital der **Moritz Ribbert Act.-Ges. in Hohenlimburg** (Blaudruckerei und andere Textilfabrikate) ist an die **Deutsche Textillose-Gesellschaft** übergegangen, welche die Anlagen des Unternehmens ihren Zwecken dienstbar machen wird. *on.*

Baumwoll-Ersatzprodukte-Studiengesellschaft, Berlin. Wie die „Nat. Ztg.“ von zuständiger Seite hört, ist diese Gesellschaft die Eigentümerin der vom Reichsschatzsekretär Graf Roedern kürzlich im Reichstage erwähnten bedeutsamen Erfindung der Celluloseverspinnung. Die Erfinder sind Ingenieur Scherback, Leiter der Gesellschaft, und Ingenieur Lutz. Zur Förderung der wichtigen Erfindung haben sich bereits fünfzehn der größten Textilindustriellen und Cellulosefabriken der Gesellschaft angeschlossen. *ar.*

Lederwerke vorm. Ph. Jac. Spicharz, Offenbach a. M. Nach 58 637 (30 556) M Abschreibungen und einschließlich 79 148 (55 489) Mark Vortrag: Reingewinn 352 322 (635 715) M. Dividendenvorschlag 15 (20)%. *ll.*

Handelsregistereintragungen.

Neugründungen: Chemikalien-Futtermittel „Planktopel“ G. m. b. H., Charlottenburg, 50 000 M. — Friedrichshaller Brunnen-gesellschaft m. b. H., Friedrichshall bei Lindenau S.-M., 200 000 M. — Südösterreichische Bergwerksgesellschaft m. b. H., Berlin-Wilmersdorf, 20 000 M. — Ala Chemische Fabrik A.-G., Frankfurt a. M., 300 000 M. — Deutsche Porosit-Beton G. m. b. H., Berlin, 200 000 M. — Ölfabrik Asperg Ludwig Völm, Asperg, Speiseöle (s. a. erloschene Firmen). — Ebert u. Lewkowitz, techn. Öle und Fette, Düsseldorf. — Kalimineralfett-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Essen, 21 000 M. — Kölner Ceresinfabrik Gebr. Maus, Cöln. — Hefewerk Geislauren, G. m. b. H., Geislauren, 20 000 M. — Dortmunder Gildenbrauerei m. b. H., Dortmund, 20 000 M (s. a. erloschene Firmen). — Celluloidwerk Aschaffenburg-Schweinheim Richard Petri, Schweinheim. — Syndikat Deutscher Spinnpapierfabriken, G. m. b. H., Berlin, 300 000 M. — Deutsche Textilstoff-Einfuhr-G. m. b. H., Berlin, 20 000 M. — Rheinisches Kunstlederwerk G. m. b. H., Düsseldorf, 295 000 M.

Kapitalserhöhungen: Chemische Werke Wittenau, G. m. b. H., um 100 000 auf 120 000 M. — Netzer Kalk- und Mergelwerke, G. m. b. H., Netze, um 15 000 auf 140 000 M. — Torfwerk, G. m. b. H., Bockhorn, um 15 500 auf 46 500 M.

Firmenänderungen: Wernert & Co., Lebensmittelvertrieb, G. m. b. H. in Wernert & Co., G. m. b. H. — Deutsche Kunsthonig-Zentrale Ernst Hecker, Chemnitz, in Deutsche Kunsthonig-Zentrale Emilie Lahl. — Fritz Zwettels G. m. b. H. in „Energos“ Chemisch-Technische Erzeugnisse G. m. b. H., Berlin. — Kniewels Edelmetallschmelze, Königsberg i. Pr., in Kniewels Edelmetallschmelze Inh. Zahnarzt Dr. Johannes Kniewels, Jüditten. — Hannoverische Erdölwerke Teutonia G. m. b. H. in Öl- und Nahrungsmittel-gesellschaft Teutonia m. b. H. — Genossenschaftsbrauerei Rhein-hessischer Wirte, vorm. Th. Kleinknecht, G. m. b. H., Alzey, in Vereinigte Brauereien, G. m. b. H., Alzey.

Firmenverlegungen: Brennsprit-G. m. b. H. von Berlin nach Berlin-Tempelhof. — Concordia Erdöl-G. m. b. H. von Berlin nach Hannover.

Liquidationen: Gesellschaft für Fett- und Ölraffination m. b. H., Hannover. — Celluloidwerke Aschaffenburg, G. m. b. H., Schweinheim.

Erloschene Firmen: Thomas-Phosphat- und Mühlenwerke, G. m. b. H., Kattowitz. — Crucible Steel Co. of America, G. m. b. H., Berlin. — Chemische Fabrik, Stavenhagen, Apotheker Carl Albrecht. — Wendelsche Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H., Société commerciale des Charbonnages de Wendel, société à responsabilité limitée, Straßburg. — Ölfabrik Asperg Völm & Maerklen, Asperg (s. a. Neugründungen). — Adolf Fischer, Bierbrauerei in Ludwigsburg. — Gildenbrauerei A.-G., Dortmund (s. a. Neugründungen). *ar.*

Dividenden 1917 (1916).

Verteilte: Bergwerksgesellschaft Hibernia 11 (15)%. — Lindener Eisen- und Stahlwerke A.-G., Hannover-Linden, wieder 30%. — F. Butzke & Co., A.-G. für Metallindustrie, wieder 16%. — Unger & Hoffmann Trockenplattenfabrik A.-G., Dresden-Berlin, 12 (4)%. — Mimosa Aktiengesellschaft, Dresden, 24%. — Gersdorfer Steinkohlenbauverein, 19½, 18 und 8% auf die drei Aktienarten. — Bitterfelder Louise-Grube, Kohlenwerk und Ziegelei, Akt.-Ges., 45% (einschl. 18% Bonus), i. V. 26%. — Euling & Mack Gips- und Gipsdielenfabriken A.-G., Ekrich a. H., 5 (0)%. — Brennerei und Preßhefe-Fabrik Crepin, Stettin, wieder 12%. — Hasseröder Papierfabrik A.-G., Heidenau bei Dresden, 10 (0)%. — Papierfabrik Sebnitz A.-G., Sebnitz, 15 (10)%. *ar.*

Vorgeschlagene: Deutsch-Österreichische Bergwerks-Gesellschaft in Dresden 12 (14)%. — Grube Leopold bei Edderitz, A.-G., 10 (8)%. — Eisengießerei A.-G. vorm. Keyling & Thomas, Berlin, 10 (9)%. — Rheinisch-Westfälische Kupferwerke, Olpe, 20 (17)%. — A.-G. der Chemischen Produktenfabrik Pommerensdorf, Stettin, wieder 10%. — Chemische Werke vormals P. Römer Co., Nienburg, wieder 10%. — Chemische Fabrik E. Schering, Akt.-Ges., Berlin, 18 (16)%. — Chemische Fabrik vormals Goldenberg, Geromont Comp., wieder 20%. — Verein für chemische Industrie, Mainz, wieder 25% und 5% Bonus. — Düngereport-Gesellschaft, Dresden, wieder 8½%. — Fabrik photographischer Papiere vorm. Dr. A. Kurz, Wernigerode, wieder 10%. — Trockenplattenfabrik Dr. C. Schlußner, A.-G., Frankfurt, 10 (8)%. — Porzellanfabrik Triptis, A.-G., 6 (4)%. — Portland-Zementfabrik Rudelsburg, A.-G., 5 (0)%. — Porzellanfabrik C. Tielsch & Co. A.-G., Altwasser, 7% (für das erste Geschäftsjahr). — Duxer Kohlenverein in Großzossen wieder 16%. — Vereinigte Bautzener Papierfabriken, 16 (4)% auf die Stammaktien und 18 (6 und 24% Nachzahlung) auf die Vorzugsaktien.

Geschätzte: Oberschles. Eisenindustrie (Caro) A.-G. höchstens 14 (10)%. — Espagit-Akt.-Ges. vorm. Eifeler Sprengstoffwerke Dr. Esser, Hallschlag, voraussichtlich 10–12 (0)%. — Norddeutsche Sprengstoff-Werke, Akt.-Ges., Hamburg, 8–10 (6)%. *dn.*

Soziale und gewerbliche Fragen; Standesangelegenheiten; Rechtsprechung.

Gewerblicher Rechtsschutz.

Praxis des englischen Patentamts (vgl. S. 96 u. 153). Die Bestimmung des Abänderungsgesetzes, betreffend den Handel mit dem Feinde, vom Jahre 1916, wonach auf die Anmeldung eines Feindes das Patent dem Zwangsverwalter (Custodian) erteilt werden kann, wird jetzt nach einer Mitteilung aus Großbritannien auf alle Anmeldungen angewendet, die bisher bis zur Acceptance gediehen, dann aber ausgesetzt geblieben waren. Es wird berichtet, daß hierdurch die Beachtung der Rechte der Beteiligten sichergestellt werde. Voraussetzung ist, daß die Siegelungsgebühr gezahlt ist. Der Zwangsverwalter sorgt hierfür nicht, und niemand in England darf für den Anmelder die Zahlung leisten, wenn ihm nicht von diesem oder

seinem Vertreter der erforderliche Betrag zur Verfügung gestellt worden ist.

Auch die Erneuerungsgebühren zur Aufrechterhaltung der erteilten Patente werden nicht aus den unter der Verwaltung des Zwangsverwalters stehenden allgemeinen Mitteln gezahlt, müssen vielmehr von den Beteiligten besonders überwiesen werden. Werden sie nicht rechtzeitig gezahlt, so entscheidet das Patentamt (Comptroller), ob das Patent verfallen ist, oder ob die Gebühr noch angenommen werden kann, und ob eine Strafgebühr für die Verspätung zu entrichten ist. Gr.

Gewerbliches.

Wettbewerb Spaniens mit der deutschen chemischen Industrie. Spanien soll nach einer Meldung der „Industrie Chimique“ versuchen, auf dem südfranzösischen Markt Deutschland in der Lieferung chemischer Produkte zu ersetzen. Seit einiger Zeit besuchen dem genannten Blatte zufolge Reisende spanischer Fabriken die Kaufleute und Drogisten Südfrankreichs und machen Angebote besonders in pharmazeutischen Waren und Anilinfarben. Um die chemische Industrie auszubauen, suche Spanien, da an spanischen Technikern Mangel herrsche, hervorragende Chemiker Südfrankreichs zu gewinnen. Es soll der Bau mehrerer chemischer Fabriken geplant sein. Gr.

Ein Zentrum chemischer Industrie in Bosnien. An den Ufern des Jalaflusses liegt die Kreisstadt Dolnja Tuzla, trotz ihrer Bevölkerung von nur 15 000 Seelen wohl der wichtigste Handelsplatz Bosniens. Kohlenwerke, Saline, Ziegeleien, Spiritusfabrik, Brauerei, Dampf-mühle und die benachbarte große Ammoniaksodafabrik in Lukavac geben dem aufstrebenden Orte in industrieller Beziehung seine Bedeutung; die nach der Beendigung des Krieges noch weiter zunehmen wird.

Die Ammoniaksodafabrik Lukavac, am Zusammenflusse der Jala und der Spreca gelegen, wurde im Jahre 1899 von dem Sodafachmann und späteren Generaldirektor Gustav von Tempelhoff, einem Reichsangehörigen, erbaut und in den folgenden Jahren auf die jetzige Höhe gebracht. Sie umfaßt vier verschiedene Fabrikationen in eigenen Fabriken, so daß eigentlich fünf verschiedene Fabriken vorhanden sind, und zwar für Ammoniak-soda, Ätznatron oder kaustische Soda, Krystallsoda, chemisch reines Bicarbonat, doppelchromsaures Natron und doppelchromsaures Kali, wobei als Nebenprodukt noch Sulfat in verschiedenen Formen hergestellt wird. In der Kriegszeit hat das Unternehmen seine Fabrikation den herrschenden Verhältnissen anpassen müssen. Die Fabrik wurde in Lukavac erbaut, weil in nächster Nähe die erforderlichen Rohmaterialien vorhanden sind, und zwar Salzsole in vollständig gesättigter Form in Dolnja Tuzla, gute Braunkohle als Brennmaterial ebenfalls in Dolnja Tuzla, Kalkstein in Gracanica und Doboj, und weil das erforderliche große Kühlwasserquantum dort aus dem Sprecaflusse entnommen werden kann. Das für die Chromfabrik nötige Chromerz wird zum Teil in Bosnien gewonnen, zum größten Teil aber aus Mazedonien bezogen. Der erforderliche Koks kommt von Fünfkirchen. Das zum Betriebe benötigte Ammoniak wird von verschiedenen österreichisch-ungarischen Gaswerken geliefert. Für die Chromfabrik wird aus Staßfurt das erforderliche Chlorkalium bezogen. Der Transport desselben fand aus tarifarischen Gründen von Staßfurt nach Regensburg auf der Bahn, von Regensburg bis Bosna Brod auf der Donau und von Bosna Brod bis Lukavac wieder mit der Bahn statt. Infolge der günstig zu beschaffenden Rohmaterialien und der zweckmäßigen Einrichtungen konnten die Fabriken sehr gut und vorteilhaft arbeiten und Millionenumsätze erzielen. Der Gesellschaft gehört auch der ganze Besitz der chemischen Fabrik Danica in Bosna Brod und die Schwefelsäure- und Kunstdüngerfabrik in Kopreinitz. Außerdem gehört der Gesellschaft fast der gesamte Anteil an der Ersten Galizischen Ammoniaksodafabrik Podgorze bei Krakau. B-n.

Die südrussischen Manganerze werden bei der wirtschaftlichen Erschließung der Ukraine für Deutschlands Industrie bedeutungsvoll werden. Deutschlands Bedarf an Manganerzen kann bei weitem nicht aus dem Vorkommen dieses Metalls im Siegerlande gedeckt werden. 1913 betrug unsere Einfuhr an Manganerz 680 371 t, $\frac{2}{3}$ aus Rußland und $\frac{1}{3}$ aus Britisch-Indien, Spanien und Brasilien. Daß seit 1850 neben russischen Manganerzen, die bis dahin fast ein Monopol auf dem Weltmarkt erlangten, die vom englischen Großkapital erschlossenen Lager in Indien und Brasilien traten, war für Deutschland nicht ungünstig. Rußlands Förderung hielt sich auf der Höhe von 50% der Weltförderung. Allerdings ist es zunächst der Kaukasus, der die so gesuchten Erze liefert; die Manganerzvorkommen im südrussischen Bezirke Jekaterinoslaw (Nikopol) scheinen von geringerer Bedeutung zu sein (32% der Gesamtförderung von Rußland). Es ist nun eine Frage, ob nicht eine größere Ausbeute dieser ukrainischen Lager oder die Aufschließung neuer Erzfelder möglich ist. Die Ausfuhr kann zu Schiff von Nikolajew aus durchs Schwarze Meer und die Donau aufwärts erfolgen oder zu Lande. Wth.

Verkehrswesen.

Unnütze Frachtverteuerungen. Das fiskalische Interesse der bayrischen Staatsbahnen an der Erhebung von Frachtzuschlägen bei Frachtbriefinhaltsangaben, die von der Warenbezeichnung im deutschen Gütertarif abweichen, hat unter Handelskreisen steigenden Unwillen hervorgerufen und zu einer Eingabe an das Reichseisenbahnamt Veranlassung gegeben, in welcher dringende Beschlüsse darüber erhoben wird. Nach § 60 (1) der Eisenbahnverkehrsordnung sind bei unrichtiger Angabe des Inhalts im Frachtbriefe Frachtzuschläge zu erheben ohne Rücksicht darauf, ob ein Verschulden des Absenders vorliegt oder nicht. Die Ausführungsbestimmung I hierzu besagt, daß die Eisenbahn von der Erhebung der Frachtzuschläge absehen oder geringere Zuschläge erheben kann, wenn ein entschuldbares Versehen vorliegt, wenn die Höhe der Zuschläge eine unverhältnismäßige Härte in sich schließt oder wenn andere Billigkeitsgründe vorliegen. Diese letzte Bestimmung ist in Verfrachterkreisen stets als eine Milderung gegenüber der scharfen Bestimmung in Absatz I aufgefaßt worden. Tatsächlich wird sie auch von den meisten deutschen Eisenbahnverwaltungen in diesem Sinne gehandhabt. Eine Ausnahme machen nur die bayrischen Staatsbahnen, die Billigkeitsgründe nicht gelten lassen, noch einen Unterschied machen zwischen ungenauen, ungenügenden und unrichtigen Frachtbriefangaben. Jede der Güterklassifikation nicht entsprechende Bezeichnung dürfte nicht als unrichtig bezeichnet werden können, sondern doch wohl nur eine Angabe, die ohne Rücksicht auf den Tarif nach der allgemeinen Verkehrsauffassung als falsch erscheinen muß. Auch die Eisenbahnverwaltungen werden zugeben müssen, daß der Tarif nicht immer klar ist. Die Güterklassifikation faßt im Gegensatz zum Zolllarif eine große Anzahl von Gütern in Sammelbegriffe zusammen. Diese Bezeichnungen entsprechen häufig aber nicht den handelsüblichen, an deren Anwendung im Frachtbriefe der Absender ein berechtigtes Interesse hat. Wenn er daher in solchen Fällen diese handelsübliche, dem Inhalte technisch vielleicht sogar besser entsprechende Bezeichnung wählt, so wird ihm nicht der Vorwurf einer unrichtigen Inhaltsangabe gemacht werden können, obgleich die Bezeichnung mit der im Tarif vorgeschriebenen nicht wortgetreu übereinstimmt. Das Tarifamt der königlich bayrischen Staatsbahnen läßt jedoch eine Handhabung der fraglichen Tarifbestimmungen unter diesen Gesichtspunkten vermissen, folgt nur dem Standpunkte des fiskalischen Interesses und bringt hierbei offenbar dem Handelsstande ein nicht berechtigtes Mißtrauen entgegen, wenn es glaubt, durch Strenge einen Druck auf die Verfrachterkreise zur genauen Innehaltung der Bestimmungen ausüben zu müssen. Der mit dem kaufmännischen Betriebe Vertraute wird aber wissen, daß es den Verfrachtern bei der Plötzlichkeit und Schnelligkeit, mit der sich Geschäfte zum Teil abwickeln, und bei den immerwährend neu auf den Markt kommenden Artikeln vielfach gar nicht möglich ist, erst Prüfungen des Tarifs nach der vorschriftsmäßigen Bezeichnung anzustellen oder Nachfragen bei den Auskunftsstellen zu halten, ganz abgesehen davon, daß, wie bereits erwähnt, der Tarif auch nicht in jedem Falle klar ist, die Auskunftseinholung Zeit beansprucht und bekanntlich doch ohne Gewähr für die Richtigkeit erfolgt. Das Vorgehen der königlich bayrischen Staatsbahnen wird gerade in dieser harten Zeit um so bitterer empfunden, als doch auch ihnen bekannt sein wird, wie schwer die Handelskreise unter den Kriegsnotwendigkeiten zu leiden haben, da sie mit stark vermindertem und ungeschultem Personal arbeiten müssen. B-n.

Angestelltenfragen.

Verlängerung von Fristen in der Angestelltenversicherung. Der Bundesrat hat am 28./3. eine Verordnung erlassen, durch deren § 1 die Verlängerung einer Anzahl in dem Versicherungsgesetz für Angestellte (§§ 50 und 201) vorgeschriebener Fristen festgelegt wird, und zwar bis zum Ablauf des Kalenderjahres, das dem Jahre folgt, in dem der gegenwärtige Krieg beendet ist. Somit werden die Fristen hinausgeschoben für die Nachzahlung der rückständigen Beiträge, durch welche die erloschene Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen wieder auflebt, und für den Antrag auf Stundung der rückständigen Beiträge, wenn die Anwartschaft während der Wartezeit erloschen ist. Ferner ist die gesetzliche Frist für die Beitragszahlung im Falle der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Aufrechterhaltung der erworbenen Anwartschaft verlängert. Weiterhin wird in § 2 die gesetzlich vorgeschriebene Zurückweisung von Beträgen, die erst nach Ablauf gewisser Fristen entrichtet werden (§ 205 des Versicherungsgesetzes für Angestellte), eingeschränkt. Nach § 3 werden auch Fristen, die das Gesetz (§ 209, Abs. 3, § 228, Abs. 2) für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückerstattung von Beiträgen vorschreibt, verlängert, so daß sie nicht vor dem 1./7. des Kriegsjahres ablaufen, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist. Nach § 4 ist die Rückwirkung für die Fälle des § 3 ausgeschlossen, wenn die Rückerstattungsansprüche am Tage der Verkündung der Verordnung bereits verjährt sind. Gr.

Tagesrundschau.

Ein neues radioaktives Element hat der amerikanische Chemiker Roy Franklin Heath im Uranit- und Monazitsand entdeckt, das er zu Ehren des amerikanischen Präsidenten Wilsonium nannte. Es gehört der ersten Gruppe des periodischen Systems an, ist einwertig und besitzt das Atomgewicht 204,6. Merkwürdigerweise soll das neue Element selbst, wie der „Prometheus“ nach dem „Bulletin of the Western Metallurgical and Chemical Society“ mitteilt, inaktiv, seine (farblosen) Verbindungen dagegen aktiv hinsichtlich elektrischer und photographischer Wirksamkeit sein; diese strahlen, ähnlich wie die Radiumsalze, Licht aus. Die Lebensdauer des neuen Elements wird von seinem Entdecker zu 200 bis 900 Jahren berechnet. Beim Erhitzen auf Weißglut werden Helium und Argon entwickelt; der Rückstand enthält nach dem Erhitzen Blei und Wismut, die vorher nicht nachzuweisen sind.

Noch eine neue französische Zeitschrift (vgl. S. 164). „Revue des Produits Chimiques“ ist das Organ der in Paris gegründeten Gesellschaft „Le Cercle de la Chimie“. Der Zweck der Gesellschaft ist die Vereinigung von Chemikern, Ingenieuren, Vertretern der chemischen Industrie usw. zwecks Besprechung allgemein interessierender Fragen und Bekanntmachung mit der Entwicklung der Wissenschaft und der chemischen Industrie in Frankreich. (Chemical News.)

Personal- und Hochschulnachrichten.

Zu Ehrenmitgliedern der Deutschen Chemischen Gesellschaft wurden ernannt: Mineraloge von Groth, München, Vizekanzler der Universität Helsingfors Hjelt, zurzeit Gesandter Finnlands in Berlin, und Geh.-Rat Prof. Planck, Berlin.

Zum Ehrenvorsitzenden der deutschen Bunsengesellschaft wurde Geh.-Rat v. Böttlinger, Berlin, gewählt.

Es wurde verliehen: die Bunsenmedaille an Geh.-Rat Prof. Dr. Haber, Berlin, Dr.-Ing. Bosch, Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, und Geh.-Rat Prof. Dr. Duisberg, Leverkusen; der Titel eines Kommerzienrats an Jakob Klein, Generaldirektor der Armaturfabrik Klein, Schanzlin & Becker A.-G., Frankenthal (Pfalz).

Es wurden ernannt (berufen oder gewählt): Dr.-Ing. Alfred Köhler, Berlin, zum Regierungsrat und Mitglied des Patentamts; Reg.-Rat Landsberg zum Vorsitzenden der neugegründeten Deutschen Gasgesellschaft, Berlin; Dr. phil. Otto Liesche, Oberassistent am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dallem, zum Professor; Dr. Alfred Stephan, Wiesbaden, von der Handelskammer Wiesbaden zum Sachverständigen für den Handel mit Arzneimitteln, Drogen und Chemikalien sowie für pharmazeutische Anglegenheiten; Herbert Wagner und Vincent Baeseler zu Direktoren der Gogolin Gorasdzher Kalk- und Cementwerke A.-G.; zu Vorstandsmitgliedern: der A.-G. Union Fabrik chemischer Produkte, Zweigniederlassung Memel, Ernst Bensch, Schosdorf bei Greiffenberg, und Hermann Hahn, Stettin; der Bergwerks-A.-G. Consolidation, Gelsenkirchen, Bergassessor Ernst Buskühl, Gelsenkirchen; der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes Brassert in Marl, Dr. Jacob Hasslacher, Duisburg-Meiderich, Bergwerksdirektor Althof, Wattenscheid, und Hüttendirektor Esser, Duisburg-Meiderich; der Chemischen Fabrik Milch A.-G., Posen, Direktor Georg Unverzagt, Oranienburg; der Ost-Galizischen Petroleum-A.-G., Mannheim, Hermann Waldeck, Mannheim; zu Verwaltungsratsmitgliedern: der A.-G. zur Fabrikation vegetabilischer Öle, Triest, Dr. Heinrich Schicht, Georg Schicht, Josef Künstner und Wilhelm Künstner; der Semperit, Österreichisch-Amerikanische Gummiwerke A.-G., Direktor Felix Stransky und Geh.-Rat Dr. Karl Urban; zu Aufsichtsratsmitgliedern: R. Anschütz, Dresden, der Dresdner Albuminpapierfabrik A.-G., Dresden; Oskar Schlitter, Berlin, der „Königsbrunn“ A.-G. für Bergbau- und Salinen-Betrieb, Unna-Königsbrunn; Dr. Streschmann, Heidenau, der Dresdner Chromo- u. Kunstdruck-Papierfabrik Krause & Baumann A.-G., Heidenau; Bergassessor Hermann Wenzel, Mülheim, der Gewerkschaft Schöcker Bergwerks-Verein, Mülheim a. Ruhr.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Dr. Wilhelm Bayer, Berlin, bei der Firma Battige & Schöneich Gesellschaft für Wasser- und Abwasserreinigung m. b. H.; Dr. Heinrich Brandenburg, Kempen a. Rh., bei der Elektrochemischen Fabrik Kempen-Rhein Dr. Prandenburg & Weyland G. m. b. H., Kempen-Rhein; Apotheker Johann Flotow, bei der Transpiral-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Oberschöneweide; Brauereidirektor Joh. Kalnin, Leobschütz, bei der Leobschütz Nährmittel-fabrik Beyer und Reichgraf von Oppersdorf G. m. b. H., Leob-

schütz; Dr. Christoph Knipper bei der Metall-Einfuhr-G. m. b. H., Berlin; Johann Krahulec, Zizkow, bei der Firma „Core“, Erzeugung chemischer Produkte, Farben und Liköre G. m. b. H., Zizkow; Ingenieur Hermann Penther bei der Kunstrohstoff-A.-G., Berlin; Hauptmann a. D. Otto Rummel bei der Vereinigten Calciumquellen G. m. b. H., Charlottenburg; Chemiker Bernhard Tolmacz bei der Bernhard Tolmacz & Co. G. m. b. H., Berlin; Dr.-Ing. Carl Waldeck, Dortmund, bei der deutschen Wildermannwerke chemische Fabriken G. m. b. H., Berlin.

Prokura wurde erteilt: Fabrikdirektor Julius Brion, Biblisheim i. E., für die Vereinigte Pechelbrunner Ölbergwerke G. m. b. H., Straßburg; Julius Dölle, Budapest, für die Obergerische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, Budapest; Bergassessor Walter Etzhold, Oberingenieur Walter Gellhorn und Karl Noll, sämtlich in Linfort, Kreis Mörs, für die Firma Rheinische Stahlwerke Abteilung „Wurag“, Hohenlimburg, Zweigniederlassung der Rheinischen Stahlwerke, Duisburg-Meiderich; Dr. Franz Lorenz Knips, Berlin, für die Niederlausitzer Kohlenwerke, Berlin; Eduard Skrowonek, Hindenburg, für die Hindenburg Industriefettfabrik Carl Sachs, Hindenburg; Wilhelm Tetzlaff, Gera, für die Thüringer Pflanzenverwertungsgesellschaft m. b. H., Gera-Reuß; Assessor Paul Wennholz, Berlin, für die Deutsche Bergbau-G. m. b. H., Berlin.

Das 60 jährige Berufsjubiläum beging Hofrat Dr. Fritz Elsner, Apotheker in Leipzig.

Gestorben sind: Kommerzienrat Brendler, Reichenau (Oberlausitz), Mitinhaber der Firma J. T. Brendler, Mechanische Weberei, Farberei und Appretur, im Alter von 71 Jahren. — Adolf Bremme, Teilhaber der Bierbrauerei Carl Bremme, Barmen, im Alter von 58 Jahren. — Dr. Karl Horiak, Oberbergat im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Wien, am 4./4. im 53. Lebensjahre. — Franz Meier, Inhaber der k. k. priv. landeshofgen Senf-, Weinessig- und Spiritfabrik C. F. Piering, Karolinenthal (Prag), am 4./4. im 47. Lebensjahre.

Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

- Agricola**, Germanus, Schafft billige Lebensmittel! Die Lösung des Problems für die Gegenwart. München 1916/17. Piloty & Loehle. geh. M 2,—
Donath, Ed., u. Gröger, A., Die Treibmittel d. Kraftfahrzeuge. Mit 7 Textfig. Berlin 1917. Julius Springer. geh. M 6,80
Germanus, Schafft billige Lebensmittel! Die einzige, wirkl. Lösung d. sozialen Frage. München 1916. Piloty & Loehle. geh. M 1,—

Bücherbesprechungen.

Auskunftsbuch für die chemische Industrie. Herausgegeben von H. Blücher. 10., verbesserte und stark vermehrte Auflage. Kriegsausgabe. Leipzig 1918. Verlag von Veit & Co. geb. M 26,— mit 10% Teuerungsauflage.

Daß der „Blücher“ auch in diesem Jahre erschienen ist, werden seine zahlreichen Freunde in den Laboratorien und Büros dem Herausgeber und Verlage Dank wissen. Der Wert dieses Nachschlagewerkes liegt bekanntlich darin, daß es mit seinen zahlreichen Stichworten und dem auf das Tatsächliche und Wesentliche beschränkten Text eine schnelle erste Orientierung über jedes Sondergebiet unserer weitverzweigten chemischen Technik ermöglicht. Von dem Bemühen des Herausgebers, sein Auskunftsbuch immer weiter auszustatten und den Fortschritten der Technik anzupassen, legt allem schon die trotz kritischer Sichtung des alten Materials eingetretene Zunahme des Umfanges des Werkes um fast 100 Seiten gegen die letzte Auflage vom Jahre 1915 Zeugnis ab. Daß die Freisagungen bei den einzelnen Waren den tatsächlichen Verhältnissen nur höchstens annähernd gerecht werden, tut der Brauchbarkeit des Ganzen keinen Abbruch. Scharf. [BB. 29.]

Die Glas-, Porzellan- und Email-Malerei. Von Felix Hermann. Dritte, sehr vermehrte Auflage. 359 Seiten, 31 Abbildungen. 1917. A. Hartkobs Verlag. geh. 6,—M; geb. 6,80 M.

Das Buch gibt in erweitertem Umfang eine Anleitung über Herstellung und Anwendung von Farben, Glasuren und farbigen Gläsern für die Glas-, Porzellan-, Email-, Fayence- und Steingutmalerei. Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn Vt. die heute zeitgemäßen Zusammenstellungen von Farben und Glasuren etwas mehr berücksichtigt hätte. Es finden, um nur ein Beispiel zu nennen, die gelben und roten Cadmiumfarben keine Erwähnung. Trotzdem wird das Buch für den in Betracht kommenden Leserkreis in vielen Fragen Auskunft und Anregung bieten, zumal die Zahl der Bücher, die sich mit Darstellung und Anwendung keramischer Farben befassen, sehr gering ist. Sch. [BB. 181.*]

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.

Dünger- (Kainit-) Abteilung.

86. Versammlung, Berlin, den 19./2. 1918.

Prof. Dr. Hoffmann, Berlin, *Geschäftsbericht der Düngestelle II*. Der Düngemarkt ist zur Zeit außergewöhnlich schwach beschäftigt. Auf dem Stickstoffmarkt ist das Natriumammoniumsulfat aufgetreten, aber nicht in dem Umfange, als man es vermutet hatte. Dieses Düngemittel findet dieselbe Anwendung wie das Ammoniumsulfat und kann unbedenklich verwendet werden. Weiter ist zu nennen der Nitrarginkompost, der unter Zusatz von Stickstoffbakterien hergestellt wird. Bei den Phosphorsäuredüngern ist an Stelle des Superphosphats und Thomasmehls ein Knochen-schmelzprodukt getreten, das 10–12% Gesamtphosphor enthält und überall verwendbar ist, wo das Thomasschlackenmehl angewendet wird, nur ist es viermal so teuer, weil es eben ein künstliches Schmelzprodukt ist. Zu erwähnen ist, daß es nicht mit kalihaltigen Düngemitteln gemischt werden darf. Bei den Kalidüngern ist das hochprozentige (50% ige) Chlorkalium in Anwendung gekommen, das genau so verwendet wird wie das 40% ige Salz, nur braucht man entsprechend weniger, um den gleichen Effekt zu erzielen. Das 40% ige Kalisalz wird in diesem Jahre wohl kaum den Landwirten gegeben werden können. Sehr bedauerlich ist, daß Kalk schwer erhältlich ist, und man höchstens Kalkmergel bekommt. Während des Krieges hat die Verwendung der Kalisalze stark zugenommen. Es sind im Jahre 1913/14 5 Mill. dz reines Kali verwendet worden, im vierten Kriegsjahr 7 Mill. dz. Dadurch ist dem Boden Kalk entzogen worden, und es ist zu bedauern, daß die Kalkwerke nicht imstande sind, den erforderlichen Kalk liefern zu können, weil sie einerseits nicht genügend Kohlen erhalten, und andererseits auch der Kalk zu anderen Zwecken verwendet wird. Jeder Zentner Kali entzieht den Boden einen Zentner Kalk.

Von der Tätigkeit der Düngestelle II sind zu erwähnen die exakten Felddüngerversuche nach Wagnerschem System, welche Aufschluß erteilen über den wirtschaftlichen Wert der verschiedenen Handelsdünger, des Stallmistes und des Kalkes und der verschiedenen Bedingungen hinsichtlich der Bodenarten und Klimate. Im Berichtsjahre waren 7 Versuchsstationen an den Versuchen beteiligt. Sie wurden in Anbetracht der Zeitverhältnisse auch gebeten, vergleichende Kalidüngerversuche zu Halm- und Hackfrüchten in die Wege zu leiten, um den wirtschaftlichen Wert der sogenannten Kalisulfate und des 50% igen Chlorkalis gegenüber den Rohsalzen und dem 40% igen Salz einwandfrei zu ermitteln. Es wurden ferner statistische Massenversuche in unmittelbarem Benehmen mit Mitgliedern der D. L. G. durchgeführt. Es befinden sich hierunter u. a. Versuche mit Scheidemandel-Knochenmehl, Marke „Einsa“ und Marke „4:20“, sowie mit Scheidemandel-Hornmehl und einigen neuartigen Stickstoffdüngemitteln der Badischen Anilin- und Soda-fabrik. Erwähnt sei noch, daß der Düngerausschuß besondere Unterstützungen für ausgedehnte Jauchekonservierungsversuche gewährte, die von Prof. Dr. Vogel, Leipzig, im Verein mit Dr. Rippert, Helmstedt, mit Natriumbisulfat, Gips, Bisulfatgips und namentlich mit 40% igem Formaldehyd ausgeführt wurden.

Prof. Dr. Ahr, Weihenstephan: *Gegenwartsfragen auf dem Gebiete des Düngewesens*. Die größere Knappheit an Düngemitteln macht eine sorgfältigere Wahl der Aufeinanderfolge der Pflanzen erforderlich. Die Verteilung des Stickstoffs ist so vorzunehmen, daß alle Pflanzen eine, wenn auch kleine Gabe (5–10 Pfund auf den Morgen) erhalten. Viel erörtert ist die Frage, ob auf dem Wege der Düngung eine Nährstoffaufschließende Wirkung ausgeübt werden kann. Es müßten mit Gips und Kalk Umsetzungen mit den schwer löslichen Bodenverbindungen eintreten. Vor allem sind derartige Nebenwirkungen chlorreicher Kalisalzverbindungen sehr beachtenswert. Aber es ist nicht empfehlenswert, zur Erreichung der indirekten Düngerwirkung sogenanntes Dungsalz zu hohen Preisen zu kaufen und zu verwenden. Auf schweren Böden kann die verschlammende abbundene Wirkung starker Natriumzufuhr oft mehr schaden als nützen. Zu dieser Warnung sieht sich der Vortragende veranlaßt durch die Tatsache, daß in manchen Gegenden Abfallsalze der Salinen, die ganz kalifrei sind, an die Landwirte zum Preise von 5 M für den Zentner verkauft werden. Das sicherste und billigste Bodenauflockerungsmittel ist und bleibt der Kalk. Die indirekte Düngerwirkung erstreckt sich auf das Flüssigmachen der im Humus festgelegten Phosphorsäure. So hoch auch in düngerarmen Zeiten der Kalk einzuschätzen ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß er auch schädlich sein kann. Es spielt hierbei die Reaktion der Böden eine wichtige Rolle. Unter allen Mitteln ist aber die richtige Anwendung von Kalk immer noch am besten, um die vorhandenen Stickstoffvorräte des Bodens flüssig zu machen. Der Vortragende bespricht dann seit 1912 durchgeführte Vegetationsversuche, die durchgeführt wurden, um den Einfluß verschieden zusammengesetzter Nährstoffe auf die Zusammensetzung, Güte und Menge des Ertrags der verschiedenen Getreidesorten zu prüfen. Die besondere Bedürftigkeit der Böden an Phosphorsäure und Kali muß man aus

eigenen Erfahrungen erkennen. Eine richtig durchgeführte Stickstoffdüngung wirkt ebenso günstig auf Körnerertrag wie auf Strohertrag. Zur Abschwächung der Stickstoffnot ist überaus wichtig die möglichst verlustlose Ausnutzung und Sammlung des Stickstoffs der Jauche und des Stallmistes. Wichtig wäre, daß uns die Stickstoffdüngemittel, wie Natriumammoniumsulfat und Kalkstickstoff, in größerer Menge und zu geringeren Preisen zur Verfügung gestellt werden könnten. — In der Erörterung weist v. Naeff darauf hin, daß zur Beurteilung des Bodens die Bodenanalyse immer den besten Anhalt gibt. Ferner wird in der Diskussion betont, daß mehr Stickstoffdünger zur Verfügung gestellt werden, aber auch mehr Kalidünger zur Anwendung gelangen müßte, da wir in Deutschland noch nicht den dritten Teil dessen verwenden, was wir an Kali verwenden sollten.

Prof. Dr. Koch, Göttingen, sprach über: *Bodenbakterien und Pflanzenernährung*. Wir können die Eigenschaft gewisser Bakterien, den Luftstickstoff zu binden, steigern, indem wir ihnen Energiequellen bieten, die diese Kraft erhöhen. So kann man den Boden mit Zucker düngen oder auch auf diese Weise durch Cellulose Stickstoff zuführen. Vorteilhaft ist auch eine schwache Impfung mit Stalldünger, weil dadurch die Zersetzung der Cellulose erleichtert wird. Der im Körper der Bodenbakterien niedergelegte Stickstoff verhält sich genau so wie der aus der Gründüngung. Der Leguminosenbau zum Zweck der Stickstoffan-sammlung ist ja bekannt. Die Wirkung erhöht sich, wenn man mit Bakterien impft, die aus Knöllchen derselben Leguminosen stammen (Nitrargin). Gute Wirkung sollen auch die Universal-kulturen haben, denen Dr. Kühn die Eigenschaft zuspricht, mit allen Pflanzenarten, Obst- und Gemüsepflanzen in Symbiose zu treten. Es würde dies eine vollständige Umwälzung in der Stickstoffwirtschaft bedeuten, und der Vortragende hat deshalb Versuche mit diesen Kulturen durchgeführt, kann sie aber auf Grund der Ergebnisse noch nicht empfehlen. Auch die Wirkung des Nitrargin-komposts war mäßig. Der Vortragende bespricht dann die Umsetzungen, die die Stickstoffverbindungen des Bodens durch die Bakterien erleiden. Der Hauptstickstoffträger der Rüben und Melasse, das Betain, wird auch durch die Bodenbakterien zu Ammonium-carbonat abgebaut. Das gebildete Ammoniak wird zu Salpeter oxydiert. Die Salpeterwirkung im Boden kann man steigern durch Düngungen mit gebranntem Kalk. Wenn der ganze Stickstoffvorrat des Bodens in Salpeter überginge, dann würde der Boden in 30 Jahren stickstofffrei sein. Daß dies nicht geschieht, verdanken wir der segensreichen Tätigkeit der stickstoffbindenden Bodenbakterien. Ein Mittel, um der Salpeterauswaschung zu steuern, haben wir in der Maßnahme, das Feld während des ganzen Jahres mit Pflanzen bedeckt zu halten. Die Gefahr der Salpeterzersetzung im Boden durch Bakterien wird gemildert, wenn man durch Wasserreichtum für Luftabschluß sorgt. Auch andere Pflanzennährstoffe als Stickstoff werden durch Bakterien gelöst und festgelegt, vor allem Kali und Phosphorsäure. Die durch Bakterien erzeugte Kohlensäuremenge im Boden ist sehr groß. Nach Stoklasa werden auf Tag und Hektar berechnet in einer 40 cm starken Ackerkrume 75 kg Kohlensäure erzeugt. Die Kohlensäureerzeugung wird noch gesteigert durch Zufuhr von Stalldünger, Jauche usw., Luftzufuhr, gute Bodenbearbeitung und Zufuhr von Nährsalzen. Die moderne Kohlensäure-düngung hat jetzt auch das Interesse der Praktiker erregt. Hugo Fischer hat durch Steigerung des Kohlensäuregehaltes der Luft eine Steigerung des Kohlensäuregehaltes der Pflanzen erzielt und eine Erhöhung der Pflanzensubstanz. Es ist dies von praktischer Bedeutung für gärtnerische Zwecke und für die Züchtung. P.

Verein der Stärkeinteressenten in Deutschland.

36. ordentliche Generalversammlung in Berlin, den 20./2. 1918.

Vorsitzender: Loss, Wolmirstedt.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung mit einer Begrüßung der Mitglieder, gedenkt sodann der auf dem Felde der Ehre Gefallenen und erteilt das Wort Herrn Dr. Rossman, Berlin, zu dem *Bericht über die Laboratoriumsarbeiten des Vereins*. Die Kartoffelbelieferung der Fabriken war auch in diesem Jahre wieder mangelhaft und die Betriebe häufig ohne Beschäftigung, dadurch ist die geringere Zahl an Analysenaufträgen (502 gegen 524 i. V.) begründet. Neben den üblichen Bestimmungen wurden besonders viel chemische Untersuchungen verlangt, hierbei machte sich das Fehlen chemischer Hilfskräfte oft recht bemerkbar. Die Untersuchung behandelte meistens Kartoffeln, Pülpfen, Feuchstärken, Abwässer, Stärke, Stärkemehle, Stärkergrieße, Schlammstärken, Dextrinrückstände, Fruchtwässer, Schlammwässer, Mais, Maispuder, Maismehle, Maismehle, Tapiokamehle, Reismehle, Stärke-leister, Leim und verschiedene andere Gegenstände. Der Stärkegehalt war bei den Kartoffeln im Anfang des Jahres sehr gering, im Durchschnitt nur 12,3%; die später eingeschickten Muster hatten im Mittel 18,7%. Leider werden die Fabrikkartoffeln noch immer nicht nach ihrem Stärkegehalt bewertet. Die Pülpfenuntersuchungen ließen auch in diesem Jahre oft das Fehlen der im Felde stehenden Stärkemeister und den Mangel an geschultem Personal erkennen.

Die Zerkleinerung der Kartoffeln mittels Reibe und Nachreibe war öfters recht mangelhaft und unvollkommen. Es lagen Pülpfen mit 64–71% gebundener Stärke in der Trockensubstanz vor, während bei normaler Leistung 40–45% als Durchschnitt gelten. Für eine feine Zerkleinerung ist gute Reibe und Nachreibe durchaus erforderlich, aber auch der alte, zwar viel Kraft gebrauchende Mahlstein ist bei guter Behandlung und richtiger Einstellung ein vorzüglicher Nachzerkleinerungsapparat. Durch die gute Zerkleinerung erhält man Mehrausbeuten an Handelsstärke. Das untersuchte Abwasser hatte abnorm viel feuchte Stärke. Der Wassergehalt der Feuchtestärken war bei den meisten normal und lag unter 50%. In fast allen untersuchten 352 Kartoffelstärken, Mehlen und Grießen wurde außer dem Wassergehalt der Stärkegehalt chemisch in der Trockensubstanz bestimmt. Ferner wurde eine große Anzahl der Muster auf Säure, Farbe, Geruch und Aussehen geprüft, um festzustellen, ob sie sich zur Brotbereitung eignen. Der größte Teil befriedigte in dieser Hinsicht. In der feuchten Schlamstärke wurde die technisch gewinnbare Stärke bestimmt, in den trockenen Schlamstärken wurde außer dem Wassergehalt der Stärkegehalt chemisch in der absoluten Trockensubstanz festgestellt, er schwankte zwischen 46 und 89%. Die zur Untersuchung vorgelegten Dextrinrückstände wurden auf Wasser, Asche, Löslichkeit und Klebfähigkeit geprüft; in den Stärkekleistern und Leimen wurde chemisch die Gesamtstärke als lösliche und unlösliche, in den Leimen die abgebaute Stärke bestimmt. Das Unlösliche bei den Kleistern in der ursprünglichen Substanz schwankte zwischen 0,38 und 2,86%, das Lösliche zwischen 11,52 und 14,50%. Bei den Leimen war die abgebaute Stärke in der ursprünglichen Substanz im Mittel 50,4%. Eine ausgedehnte Verwendung der Kartoffelstärke ließ sich in den untersuchten Puddingpulvern nachweisen, desgleichen erwiesen sich die eingesandten Stärkeersatzmittel und Glanzstärken als nur aus Kartoffelstärke hergestellt. In den wenigsten Fällen war etwas Borax oder Stearin zugesetzt. Die Beobachtungen über Kartoffelablagerungen wurden weiter fortgesetzt, doch läßt sich ein abschließendes Urteil noch nicht fällen.

Prof. Dr. E. Parow, Berlin: *Die Kartoffelstärkeindustrie während des Krieges.* Die Kartoffelstärkeindustrie ist durch den Krieg in starke Mitleidenschaft gezogen worden, aber die an Kampf gewöhnte Industrie hat alle Schwierigkeiten überwunden. Die großen Nachteile des Ausfalls von 75 Mill. dz Brotgetreide, das Ausfallen von russischer Futtergerste und Kleie, von Mais und Ölkuchen mußten gemildert werden. Daran haben die Stärkefabriken mitgearbeitet, aber wenn wir das Geleistete mit der vorhanden gewesen Leistungsfähigkeit vergleichen, so muß man bekennen, daß die Leistung der Leistungsmöglichkeit nicht entsprach. Daran war zunächst die Verkennung der Bedeutung der Stärkeindustrie schuld. Nicht zur Deckung des Ausfalls an Nahrungsmitteln, sondern zur Deckung des Ausfalls an Futtermitteln sollte anfangs die Stärkeindustrie mitwirken. Man glaubte die Stärkeerzeugung einschränken zu sollen, weil große Bestände vorhanden, wenig Ausführungsmöglichkeit und infolge Daniederliegens der Dextrinindustrie eine Erzeugung von Stärke nicht lohnend sei. Die Einrichtungen der Stärkefabriken sollten daher zur Herstellung von Trockenkartoffeln verwendet werden. So wichtig die Bereitstellung von genügenden Futtermitteln ist, so wenig erkannte man den Wert der Stärke als Nahrungsmittel. Große Mengen von Nährstoffen können durch die Kartoffelstärkefabriken nur dann erhalten werden, wenn man nicht den für die Kartoffeltrocknung geeigneten kleineren Teil ihrer Einrichtung, sondern die gesamte auf die Kartoffelstärkefabrikation zugeschnittene Einrichtung ausnutzt. Die Stärkeindustrie erzeugt etwa 3 Mill. dz direkte Nahrungsmittel, daneben außer den für technische Zwecke geeigneten Erzeugnissen noch über 800 000 dz wertvolles Futter in Form von Trockenpülpfen. Sie kann in ihren Fabrikationsabwässern rund 9 Mill. kg Stickstoff, 18 Mill. kg Kali und 5 Mill. kg Phosphorsäure als Bodendünger liefern. Daraus geht im Vergleich zu ihrer Leistungsfähigkeit in der Herstellung von Trockenkartoffeln ohne weiteres hervor, daß die Kartoffelstärkeindustrie ihrer eigenen Arbeit erhalten werden mußte, und dies ist auch geglückt. Trotz guter Kartoffelernte fehlte es der Stärkeindustrie oft an Rohstoffen, und infolge Ausbleibens der Kartoffellieferungen mußten technisch gut eingerichtete Betriebe oft während der eigentlichen Arbeitszeit stillliegen. Diese schlechte Belieferung der Fabriken war die Folge der zu niedrig festgesetzten Preise für Kartoffeln und Kartoffelfabrikate. Immer wieder wies die Stärkeindustrie darauf hin, daß die Hauptbedingung für die Sicherung der Volksernährung die Versorgung mit Brot ist. Die in der Kartoffel vorhandenen Nährwerte sind durch Verarbeitung von den Stärkefabriken in Dauerware zu verwandeln und die so gewonnene Kartoffelstärke ist zur Brotbereitung und Brotstreckung zu verwenden. Neben der Stärke wird außer einem Futtermittel je nach dem Umfange der Stärkeerzeugung der für die Marmeladen- und Zuckerwareindustrie unentbehrliche Stärkesirup gewonnen, welcher auch zur Milderung der bestehenden Zuckerknappheit wesentlich beizutragen vermag. Die Stärkeindustrie hat ständig an die Regierung die Bitte gerichtet, eine zweckmäßigere Bewirtschaftung der Kartoffeln zu befolgen. Ein wichtiges Moment, das bei allen Eingaben und Beratungen neben der Forde-

rung, die Stärke als Brotstreckungsmittel zu verwenden, den Grundton gebildet hat, ist die Bezahlung der Fabrikkartoffeln nach dem Stärkegehalt. Die Bezahlung der Fabrikkartoffeln nach dem Zentnergewicht ohne Rücksicht auf den Stärkegehalt hat größeren Nährstoffverlust, höheren Kohlenverbrauch, Betriebsverlängerung und stärkere Belastung der Eisenbahnen zur Folge. Es ist der Stärkeindustrie aber nur teilweise gelungen, den Stärkegehalt der Kartoffeln bei der Bewertung berücksichtigt zu sehen, hingegen hat sie die Ausführung einer im vorigen Jahre bei der Regierung bestandenen Absicht verhindert, zu Beginn der Kampagne nur die Fabriken arbeiten zu lassen, die ohne Benutzung öffentlicher Transportmittel ihre selbst erzeugten Kartoffeln zur Fabrik schaffen können. Das Bekanntwerden dieser Absicht bewirkte starke Beunruhigung in den Kartoffeln verarbeitenden Industrien, sie zeigte auch deutlich, daß die Erkenntnis der wirklichen Bedeutung der Stärkeindustrie für die Volksernährung noch lange nicht an allen Stellen tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Gemeinsam mit dem Trocknungsgewerbe beschloß daher die Stärkeindustrie, ein besonderes Dezerat für die Bewirtschaftung der Fabrikkartoffeln zu beantragen. Dieser Stelle soll die Aufgabe zufallen, in der gesamten Kartoffelbewirtschaftung die Vertretung der Fabrikkartoffeln in größt möglicher Weise auszuüben, damit Fehler vermieden werden und eine wirklich praktische Ausnutzung der Kartoffelnährstoffe erfolgt.

Rudolf Lindner, Berlin, berichtete über die Arbeiten des wirtschaftlichen Beirats, der sich mit den Anordnungen der Behörden und derjenigen Kriegsgesellschaften beschäftigte, mit denen die Stärkeindustrie während des Krieges zu arbeiten gesetzlich gehalten ist.

Fabrikbesitzer Uhlmann, Gransee: *Bericht über die wirtschaftliche Lage des Gewerbes.* Der Vortragende schildert die Schwierigkeiten der Inbetriebsetzung der Stärkefabriken im letzten Kriegsjahre, erörtert die Zuweisung und Beieferung der gewerblichen Fabriken mit Kartoffeln und die Transportschwierigkeiten. Er weist darauf hin, daß eine bessere Transportorientierung nicht nur im privatwirtschaftlichen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt. Über den Absatz der Stärke ist nicht viel zu sagen, da alle Produkte an die Teka geliefert werden mußten und die Preise dafür festgesetzt waren.

In der anschließenden Erörterung wies zunächst Direktor Helfrich von der Teka darauf hin, daß die bemängelten Kartoffeltransporte notwendig waren, da die größte Menge der Kartoffeln im Osten geerntet wird, aber dort sich nicht so viel Fabriken befinden, daß sie die Kartoffeln verarbeiten können. Jede Versendung wird mit möglichst volkswirtschaftlicher Ausnutzung des Wagenparks vorgenommen. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Reichskartoffelstelle nicht nur für die Fabrikkartoffeln, sondern auch für Speisekartoffeln zu sorgen hat. Auch der Vertreter der Reichskartoffelstelle betont, daß sich die Transporte nicht vermeiden ließen. Wenn zuerst die landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Betriebe in Gang gesetzt wurden und erst dann die gewerblichen, so war dies geschehen, weil über die Kohlenversorgung ungünstige Mitteilungen vorlagen, und man auch nicht daran dachte, daß eine so große Brotstreckung nötig sein wird. Außerdem ist die Reichskartoffelstelle in erster Linie dafür verantwortlich, die Bevölkerung mit Speisekartoffeln zu versorgen. Zu dieser letzten Bemerkung meint Prof. Parow, es müsse auch dafür gesorgt werden, daß Nährstoffe in genügender Menge bereitstehen, und dies kann geschehen, wenn man durch gesteigerte Herstellung der Stärke mehr Brot herstellen kann.

Verein zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche.

36. Mitgliederversammlung zu Berlin, den 21./2. 1918.

Vorsitzender: Freiherr von Wangenheim.

Dr. Alves, Berlin: „Geschäftsbericht für das Jahr 1917.“ Eigentliche Kultivierungsarbeiten konnten im verflossenen Jahre nur in geringem Umfange durchgeführt werden, und die „Moorkultur“ war in der Hauptsache auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Faserstoffen auf den vorhandenen Kulturfächen gerichtet. Aus Mitteln zur Hebung des Kaliabsatzes, die bekanntlich vom Reichsamt des Innern verteilt werden, wurden dem Verein 34 700 M zugebilligt mit der Maßgabe, daß hiervon an Landwirtschaftskammern und anderen Stellen, die durch Kultivierung von Mooren zur Hebung des Kaliabsatzes beitragen, entsprechende Zuwendungen gemacht werden; außerdem erhielt der Verein weitere Zuwendungen. Die im Jahre 1916 begonnenen umfangreichen Kalidüngungsversuche, die auch im Jahre 1917 an 3 Orten fortgesetzt wurden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die seither üblichen Kalimengen zur Erzielung von Höchsterten bei Kartoffeln und Weißkohl nicht genügen. Bei Kartoffeln geht allerdings bei Anwendung höherer Gaben 40% igen Salzes mit der Steigerung des Ertrages eine erhebliche Depression der Stärkegehaltprozentage Hand in Hand. Auch bei der in Holland stark verbreiteten Kalimagnesia tritt eine Erniedrigung des Stärkegehaltes ein, wenn auch in weit schwächerem Maße. Von der technischen Abteilung konnten im Berichtsjahr größere Arbeiten nicht durchgeführt werden, da der Leiter der Abteilung seine Haupt-

Arbeitskraft auf die Gewinnung von Phosphoriten im Interesse der Munitionsherstellung verwenden mußte. Häufig in Anspruch genommen wurde jedoch die beratende Tätigkeit der Abteilung; besonders in den letzten Monaten waren eine Reihe von Reisen notwendig zur Begutachtung von Moorflächen und zur Beratung ihrer technischen Verwertung. Die Zahl der Mitglieder weist auch im Jahre 1917 wieder eine erfreuliche Zunahme auf.

Wirkl. Geh. Oberbaurat Nolda, Berlin, berichtete über den „Stand der Kultivierungsarbeiten in den einzelnen Landesteilen unter besonderer Berücksichtigung der in Preußen durch die Verordnung vom 7./11. 1914 geschaffenen Lage“, anschließend daran Forstmeister Kraemer, Schmolsin, über den „Stand der Kulturarbeiten in den östlichen Landesteilen“ und Ökonomierat Beseler, Cunrau: „Welche wirtschaftlichen Maßnahmen sind in Moorkulturen während des Krieges und nach ihm erforderlich?“

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Tacke, Bremen, sprach über die „Weiterentwicklung der Moorkultur nach dem Kriege.“ Der Vortragende sieht die Möglichkeit der Weiterentwicklung nach zwei Richtungen: Ausdehnung der Kultur auf die vorhandenen kulturfähigen Ödlandflächen und Steigerung der Erträge auf alten wie neuen Moorkulturen. Die allgemeinen wie besonderen Maßnahmen werden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Bei der Besprechung der besonderen Maßnahmen findet auch die Frage der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten besondere Berücksichtigung. Die Möglichkeit der allgemeinen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Moorkulturen wird an der Hand einer Reihe moortechnischer Vorschläge dargelegt.

Der Vortragende wünscht die Förderung aller wissenschaftlichen und praktischen Anstalten, die sich mit der Moorkultur befassen. Ferner wäre die Errichtung eines großzügigen Instituts für Pflanzenzüchtung wünschenswert, wie z. B. Schweden es besitzt. In dem Lehrplan der Hochschulen müßte den Fragen der Moorkultur ein größerer Raum gegeben werden. Kurz erörtert dann der Vortragende noch die Düngerfragen; Stickstoff können wir dank der Fortschritte von Chemie und Technik zu Preisen herstellen, daß der natürliche Stickstoffdünger verdrängt wird. Schlimm aber steht es mit Phosphorsäure, da wir keine Phosphatlager besitzen und die Thomaschlacke nur einen kleinen Teil des Bedarfs decken kann. Wir müßten auf den Moorflächen in größerem Maße Ölfrüchte anbauen, auch der Hanf- und Nesselanbau muß größere Bedeutung erlangen. Wichtig ist eine Verbindung der Trocknerei mit den Fragen der Moorkultur. Endlich wünscht der Vortragende noch, daß unsere Moore durch ein Moorschutzgesetz vor zu großer Nutzung durch Torfstich gesichert werden.

In der anschließenden Erörterung betont Herr Schurig die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der Motorkulturgeräte. Er beantragt, ein Preisausschreiben mit Hilfe des Staates zu erlassen, um die Industrie auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Motorkulturgeräte für die Moorkultur hinzuweisen und zur Konstruktion anzuregen.

Dr.-Ing. Birk, Berlin: „Die Förderung der Brenntorfgewinnung in den nächsten Jahren und sonstige Tagesfragen der Torfverwertung.“ Der Vortragende erörtert, welche Moore sich zur maschinellen Brenntorfgewinnung eignen. Nur Moore, in denen gut zersetzter aschenarmer Torf auftritt und bei denen genügend Vorflut zur Entwässerung vorhanden ist oder ohne große Kosten geschaffen werden kann, lassen sich maschinell ausnutzen. Moore von geringer Flächengröße eignen sich hierzu nicht, große Moorflächen mit geringer Torfflözmächtigkeit, z. B. unter 1,5—2 m, sind im allgemeinen ebenfalls für den Großbetrieb ungeeignet. Sodann erörtert der Vortragende, wie man ein Moor auf Verwendbarkeit des anstehenden Torfes zur Brennstoffverwertung untersucht. Es ist zu beachten, daß die Torfmoore vor der Entwässerung etwa 90% Wasser, nach der Ent-

wässerung durch Gräben aber immer noch 80—85% Wasser enthalten, so daß günstigenfalls 15—20% Trockensubstanz gewinnbar sind. 1 t Rohtorf mit 80% Wasser ergibt nach der Lufttrocknung 250 kg mit 20% Wassergehalt mit einem Rauminhalt von 0,15 cbm oder in Soden zusammengesetzt von 0,20—0,30 Raummeter Trockentorf. Bei Torf, der zu Heizzwecken Verwendung findet, soll der Aschengehalt 10% der Trockensubstanz nicht übersteigen. Der Heizwert bei Brenntorf schwankt je nach Güte zwischen 2000 und 4200 Wärmeeinheiten. Wichtig ist die Frage der Beschaffung geeigneter Maschinen und Geräte zur Torfgewinnung, und der Vortragende erörtert die verschiedenen Torfmaschinen und Antriebsmaschinen für Torfmaschinen. Sodann bespricht er den heutigen Stand der Torftechnik. Man ist in neuerer Zeit bestrebt, die Lufttrocknung des Torfes durch die künstliche Trocknung zu ersetzen. Technisch ist die künstliche Entwässerung des Torfes möglich und auf mannigfache Art versucht worden, wirtschaftlich jedoch haben alle diese Verfahren bisher versagt. Bewährt hat sich bisher nur die Trocknung durch Luft und Sonne, und es gehen daher die modernen Bestrebungen dahin, die alte Lufttrocknung beizubehalten und Großtorfmaschinen zu verwenden. Es wird dann die Veredlung des Torfes nach dem sogenannten Berzitzverfahren erörtert, bei dem durch Erhitzen auf 200—250° das chemisch gebundene Wasser entfernt werden und Kohlensäure entweichen soll. Dieses Berzitzverfahren kann nach Ansicht des Vortragenden niemals wirtschaftlich sein, der Vorteil gegenüber dem unveredelten Torf liegt nur darin, daß die heizenden Bestandteile in kompakterer Form vorhanden sind, es rechtfertigt dies aber nicht den großen Mehraufwand. Die Veredlung auf dem Wege der Verkokung ist schon Gegenstand eifriger Erörterungen gewesen. Es kann die Verkokung unter gewissen Voraussetzungen lebensfähig werden und die Herstellung von Torfkoks als Ersatz für Holzkohle bei gleichzeitiger Gewinnung der Nebenprodukte lohnend werden.

Prof. Dr. Magnus, Berlin: „Über den gegenwärtigen Stand der Torffasergewinnung.“ Die Torffaser hat sich zu Textilzwecken besonders als Wollersatz bereits bewährt. Während des letzten Sommers setzte eine behördlich organisierte Torffasersammlung in den deutschen Hochmooren ein. Die Torffaser kommt ausschließlich in Hochmooren vor, der Gehalt der einzelnen Moore ist sehr schwankend, und es wäre also die erste Aufgabe, festzustellen, ob ein Moor wirklich genug Torffasern enthält. Nach Berechnungen könnten wir aus den norddeutschen Mooren für 9 Milliarden M Fasern gewinnen. Die riesigen hier vorhandenen Fasermengen lassen sich aber bisher nur zu einem geringen Bruchteil gewinnen. Die österreichische Regierung hat einen Weg gefunden, durch Erlass einer Verordnung mit zwei ganz neuen Gesichtspunkten. Es ist der Aussonderungszwang für die Faser eingeführt, d. h. es ist jeder verpflichtet, die Torffasern auf seinem Moore zu gewinnen, und zweitens ist eine Art Schürfrecht für die Torffaser geschaffen worden. Wir besitzen nur wenig Moore, wo die Fasern so reich vorhanden sind, daß es sich lohnen würde, die Moore umzubereiten. Im allgemeinen wird die Torffaser nur als Nebenprodukt der Torfstreu-fabrikation gewonnen, und auch diese mußte wegen Arbeitermangels eingeschränkt werden, obgleich die Torfstreu als wichtigster Ersatz für das als Futtermittel so wertvolle Stroh dient. Neben der mechanischen Aufarbeitung kommt bei Schwarztorffasern die chemische Aufschließung in Frage, ob sie aber in der Praxis durchführbar ist, steht noch nicht fest. Gelingt sie, dann stehen große Mengen Torffasern für die Industrie zur Verfügung. Bisher jedoch sind nur Weißtorffasern verwendet worden. In der Übergangswirtschaft, wo Arbeitskräfte, aber noch keine genügenden Rohstoffe zur Verfügung stehen werden, ist zu hoffen, daß statt der im letzten Sommer gewonnenen 700 Waggons Torffasern im Werte von 2 Mill. M wesentlich höhere Mengen gesammelt werden.

Der große Krieg.

Auf dem Felde der Ehre sind gestorben:

Leutn. d. Res. Dr. Kurt Blaschke vom Mineralogischen Institut der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Breslau. — Georg Schneider, Ingenieur der Friedenshütte OS, Görlitz, am 22./3.

Das Eiserne Kreuz haben erhalten:

1. Klasse: Philipp Bohrmann, Direktor der Bierbrauerei Durlacher Hof A.-G. vorm. Hagen, Ordonnanzoffizier eines Art.-Reg.; Apothekenbesitzer Dr. Paul Weinhardt, Prien, Oberleutn.

Andere Kriegsauszeichnungen:

Es haben erhalten: das österr. Militärverdienstkreuz 3. Klasse mit Kriegsdekoration 3. Klasse Ing.-Chem. Walter Janicke, Mülheim a. Rh., Leutnant; das bayer. König-Ludwigs-Kreuz Chemiker Ernst Stark, Mitinhaber der Porzellanfabrik Gareis, Kühn & Co., Waldsassen.

Befördert wurden:

Unterapotheker Dr. Pfaff beim Festungs-Lazarett Cöln und Dr. Weiss, Bremen, zu Oberapothekern.

Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe.

A.-G. für Verzinkerei und Eisenkonstruktion Jacob Hilgers, Rheinbrohl a. Rh., 0,7 Mill. M. — Anhydrit-Lederwerke A.-G., Hersfeld, 0,25 Mill. M. — Bayerische Hartstein-Industrie A.-G., 0,6 Mill. M. — Bismarck-Hütte, Akt.-Ges., 10 Mill. M. — Chemische Fabrik, vorm. Goldenberg, Geromont & Cie., Wiesbaden, 1 Mill. M. — Chemische Fabrik Milch A.-G., Posen, 0,5 Mill. M. — Chem. Produktfabrik Sommerdorf, A.-G., 1 Mill. M. — Chemische Werke Grenzach A.-G., Grenzach i. B., 0,3 Mill. M. — Deutsche Ton- und Steinzeugwerke, Charlottenburg, 1 Mill. M. — Dynamit A.-G. vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg, für sich und die mit ihr verbündeten Sprengstoffgesellschaften 10 Mill. M. — Eisen- und Stahlwerk Krone, Velbert (Rheinland), 0,75 Mill. M. — Emaillier- und Stanzwerk vorm. Gebr. Ulbrich, Maikammer, 0,5 Mill. M. — Carl Freudenberg, Lederwerke, G. m. b. H., Weinheim, 2 Mill. M. — Georg-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein A.-G., Osnabrück, 3,5 Mill. M. — Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co., 2 Mill. M. — Gesellschaft für Teerverwertung, 1,5 Mill. M. — Gewerkschaft Wintershall,

Herringen-Werra, 1,2 Mill. M. — Höchster Gießerei L. Scriba, G. m. b. H., 0,12 Mill. M. — Hüttenwerke Tempelhof A. Meyer, Berlin-Tempelhof, 0,6 Mill. M. — Kölner Bleiwerk Jaeger & Frielinghaus, Köln, 0,5 Mill. M. — Emil Köster, Lederfabrik A.-G., Neumünster i. H., 1 Mill. M. — Lederfabrik Höchst A.-G., Höchst a. M., 0,25 Mill. M. — E. Merck, Darmstadt, 1,5 Mill. M. — Mitteldeutsche Gummiwaren-Fabrik Louis Peter A.-G., Frankfurt a. M., 1,5 Mill. M. — Pahl'sche Gummi- und Asbest-Gesellschaft, Düsseldorf-Rath, 1 Mill. M. — Portland-Cementwerke Höxter-Godelheim A.-G., Höxter i. W., 0,2 Mill. M. — Porzellanfabrik Rauenstein vorm. Er. Chr. Greiner Söhne 0,2 Mill. M. — Rheinische Schamotte- u. Tonwerke Karl Fliesen, Grünstadt, Pfalz, 0,3 Mill. M. — Reinstrom & Pilz A.-G.,

Schwarzenberg, 0,2 Mill. M. — Rombacher Hüttenwerke 2 Mill. M. — Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft Emma-Grube 2 Mill. M. — Schles. Akt.-Ges. für Bergbau u. Zinkhüttenbetrieb, Lipine O.-S., 2 Mill. M. — Spiritfabrik Fr. Rucktorty, Stettin, 0,25 Mill. M. — Sunlight-Gesellschaft von 1914, Akt.-Ges., Rheingau-Mannheim, 1 Mill. M. — Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G. (Alte Stuttgarter) 18 Mill. M. — Vereinigte Deutsche Nickelwerke, Schwerte (Erhöhung), 1 Mill. M. — Vereinigte Glashütten von Vallerysthal in Vallerysthal-Dreibrunnen bei Saarburg (Lothr.) 0,675 Mill. M. — Vereinigte Strohstoff-Fabriken, Coswig i. S., 1 Mill. M. — Zuckerfabrik Fraustadt 0,25 Mill. M.

Verein deutscher Chemiker.

Vorstandswahlen der Bezirksvereine für das Jahr 1918.

(Vgl. S. 52, 84, 144.)

Bezirksverein Berlin.

Dr. S. Bein, Vorsitzender; Dr. O. Makowka, Stellvertreter; Ing. Chemiker J. Gärth, Schriftführer; Dr. G. Diesselhorst, Stellvertreter; Dr. A. Levy, Kassenwart. Dr. S. Bein, Vertreter im Vorstandsrat; Prof. Dr. Junghahn, Stellvertreter im Vorstandsrat.

Bezirksverein Belgien.

Dr. Holtzapfel, Ruysbroeck, Vorsitzender; Dipl.-Ing. E. Reitler, Duffel, Stellvertreter; Dr. Lederer, Brüssel, Schriftführer, Dr. F. Grell, Ruysbroeck, Stellvertreter; R. Drost, Kassenwart. Dr. Holtzapfel, Vertreter im Vorstandsrat; Dipl.-Ing. E. Reitler, Stellvertreter im Vorstandsrat.

Bezirksverein Oberschlesien.

Chefchemiker W. Wassermann, Schwientochlowitz, Vorsitzender; Direktor Dr. C. Holtz, Zawodzie, Stellvertreter; Dr. F. J. Huth, Bismarckhütte, Schriftführer; H. Windus, Zawodzie, Stellvertreter; Dipl.-Ing. J. Nickel, Beuthen, Kassenwart. W. Wassermann, Vertreter im Vorstandsrat; Dr. C. Holtz, Stellvertreter im Vorstandsrat.

Bezirksverein Württemberg.

Dr. O. Mezger, Stuttgart, Vorsitzender; Prof. Dr. A. Rau, Stellvertreter; Dr. Fuchs, Schriftführer; Dr. L. Sprösser, Stellvertreter; Dr. Moser, Kassenwart. Dr. O. Mezger, Vertreter im Vorstandsrat; Prof. Dr. A. Rau, Stellvertreter im Vorstandsrat.

Sitzungen und Versammlungen der Bezirksvereine.

Bezirksverein Rheinland.

Wanderversammlung am 2./3. 1918 in Cöln.

Herr Direktor Dr. Dr.-Ing. h. c. H. Claassen sprach über: „Verdampfer und der Einfluß der Vorgänge bei dem Wärmedurchgang durch Heizflächen auf deren Leistung“ (mit Lichtbildern).

Der Vortragende führte zunächst aus, daß die Schwierigkeiten der Beschaffung der Brennstoffe und die hohen Preise dafür, die wohl auch in Zukunft sich nicht viel ermäßigen würden, sowie die Rücksicht auf eine möglichst lange Erhaltung unseres in den Kohlenlagern vorhandenen Nationalreichtums zu immer größeren Ersparnissen bei der Verwertung der Brennstoffe führen müßten. In erster Linie muß das natürlich bei der unmittelbaren Verwertung der Kohlen in den Öfen und Feuerungen geschehen, dann aber auch durch die Verwertung der erzeugten Wärme, besonders des Dampfes, der nach geleisteter Arbeit als Abdampf erhalten wird. Dieser kann und wird bereits in vielen Industrien zum Anwärmen und Verdampfen von Flüssigkeiten benutzt und für den letzteren Zweck sehr häufig unter mehrfacher Ausnutzung seiner Wärme. Da aber seine Temperatur verhältnismäßig niedrig ist, so kann eine mehrfache Ausnutzung in Vielkörperverdampfanlagen nur bei genügender Leistung der Heizflächen stattfinden. Diese hängt aber wieder von der Größe des Wärmedurchgangs ab, dessen Höhe durch die Wärmedurchgangszahl ausgedrückt wird. Für diese Zahl gilt die Formel

$$K = \frac{1}{\frac{\delta}{\alpha_1} + \frac{1}{\lambda} + \frac{1}{\alpha_2}}$$

worin δ die Dicke, λ die Leitzahl der Heizwand und α_1 und α_2 die Widerstände gegen den Wärmedurchgang auf beiden Seiten der Wand bedeuten. Da $\frac{\delta}{\lambda}$ bei Metallwänden sehr klein ist, so kommen hauptsächlich α_1 und α_2 in Betracht.

Der Vortragende erläuterte nun ausführlich, daß diese Widerstände gegen den Wärmedurchgang K nicht durch den recht unklaren Begriff von Übergangswiderständen zu erklären sind, sondern durch die geringe Leitfähigkeit der Wasser- und Flüssigkeitsschichten, die auf beiden Seiten der Heizwand dieser teils anhaften, teils über sie hinwegfließen. Da die Leitzahl des Wassers ungefähr 200 mal geringer ist als die des Messings, so ist die erhebliche Verminderung der Wärmedurchgangszahl selbst durch sehr dünne Schichten der anhaftenden Flüssigkeiten erklärt, und alle Verhältnisse, welche geeignet sind, die Dicke dieser Flüssigkeitsschichten zu verringern, erhöhen entsprechend die Wärmedurchgangszahl. So sind besonders von Einfluß auf alle diese Vorgänge: die Art, Lage und Größe der Heizflächen, der Flüssigkeitsgrad der Flüssigkeiten, also auch ihre Temperatur, die Menge des Heizdampfes und der erzeugten Dämpfe, die Richtung und Geschwindigkeit ihres Stromes und ferner der Luftgehalt des Heizdampfes und die Größe der mit Dampfblasen bedeckten Fläche. Daraus geht hervor, daß die Wärmedurchgangszahl von so vielen Umständen abhängt, die sich gegenseitig wiederum beeinflussen, daß es eine allgemein gültige Wärmedurchgangszahl bei der Verdampfung garnicht geben kann und alle dafür bisher angegebenen Durchschnittszahlen wertlos sind.

Für die Praxis hat die oben angeführte Formel überhaupt keinen Wert, da sie sich nur immer auf eine ganz bestimmte Stelle der Heizfläche bezieht, während für einen praktisch brauchbaren Wert die gesamte Leistung der Heizfläche in Betracht kommen muß.

Hierfür gilt die praktische Wärmedurchgangszahl $K = \frac{W}{F \cdot Z \cdot (T - t)}$, worin W die durch Versuche bestimmte Menge des verdampften Wassers, F die Größe der Heizfläche, Z die Dauer des Versuchs und $T - t$ das Temperaturgefälle bedeuten. Eindeutig sind von diesen Werten aber nur W und Z , dagegen können sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmung und Berechnung der Heizflächengröße und des Temperaturgefälles entstehen. Bei der Heizfläche kommt z. B. in Frage, ob man die Heizdampf- oder Flüssigkeitssseite zu nehmen hat, ob bei Röhrenverdampfern nur die Rohrflächen oder auch die anderen von Dampf berührten Flächen zu berücksichtigen sind. Noch schwieriger ist eine Einigung über das Temperaturgefälle herbeizuführen, da hierbei die Spannungsverluste der Dämpfe zur Überwindung von Reibungen und Flüssigkeitswiderständen, die Siedepunkterhöhungen der einzudampfenden Lösungen, die Frage, ob die Temperaturen der Dämpfe direkt gemessen oder aus den Spannungen zu berechnen sind, und vieles andere zu berücksichtigen sind. Daher ist es unbedingt nötig, daß für die Feststellung der Leistung von Verdampfern ganz bestimmte Regeln und Grundsätze nicht nur zur Ausführung von Verdampfversuchen, sondern auch zur Berechnung der praktischen Wärmedurchgangszahl aufgestellt werden, da nur diese Zahl und nicht die vielfach übliche Angabe der auf der Flächeneinheit in der Stunde verdampften Wassermenge ein Urteil über die wirkliche Leistung der Heizfläche ermöglicht. Die an dem Bau und dem Betrieb von Verdampfern interessierten wissenschaftlich-technischen Vereine, insbesondere also unser Hauptverein und der Verein deutscher Ingenieure sollten daher durch einen Ausschuß Regeln zur Bestimmung der Leistung von Verdampfern und zur Berechnung der Wärmedurchgangszahl festlegen, ähnlich wie solche für Leistungsversuche bei Dampfkesseln bereits aufgestellt sind.

Zum Schluß erläuterte der Vortragende noch an einer Reihe von Lichtbildern älterer und neuerer Verdampfer und Verdampfanlagen die Vorteile und Nachteile der einzelnen Bauarten und die Art ihrer Zusammenstellung und Benutzung, um eine möglichst weitgehende Ausnutzung der Dampfwärme herbeizuführen.

Der Vortrag fand den lebhaften Beifall der gut besuchten Versammlung. Es folgte eine Nachsitzung in der Bürgergesellschaft.

Dr. Gartenschläger.